

# Bewährte Schuldenbremse auch für Sozialversicherungen gewünscht



## Schlussbericht zum "Finanzmonitor 2012"

Studie im Auftrag von economiesuisse, Juni 2012

### Projektteam

**Claude Longchamp** Politikwissenschaftler,  
Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen

**Jonas Ph. Kocher** Politikwissenschaftler

**Urs Bieri** Politikwissenschaftler

**Stephan Tschöpe** Politikwissenschaftler

**Sarah Deller** Administration

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>WICHTIGSTES IN KÜRZE.....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>9</b>
2.1	Mandat.....	9
2.2	Zielsetzung.....	9
2.3	Design.....	9
2.4	Politisches und wirtschaftliches Umfeld der aktuellen Befragung .....	11
2.5	Auswertungsmethoden .....	13
2.6	Projektteam.....	13
<b>3</b>	<b>BEFUNDE .....</b>	<b>14</b>
3.1	Übersicht.....	14
3.2	Die Schuldenbremse.....	14
3.2.1	Zwischenbilanz .....	18
3.3	Die Bundesschulden .....	18
3.3.1	Die Zwischenbilanz .....	22
3.4	Zum Vergleich von Leistungen und Abgaben.....	22
3.4.1	Die Zwischenbilanz .....	25
3.5	Zu den Aufgaben des Staates.....	25
3.5.1	Zwischenbilanz .....	28
3.6	Einstellungen zur Steuerpolitik .....	29
3.6.1	Zwischenbilanz .....	31
3.7	Die Strategien für den Staatshaushalt .....	31
3.7.1	Die Zwischenbilanz.....	35
3.8	Die Glaubwürdigkeit von Akteuren .....	36
3.8.1	Die Zwischenbilanz.....	38
<b>4</b>	<b>SYNTHESE .....</b>	<b>39</b>
<b>5</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>41</b>
5.1	gfs.bern-Team .....	41

# 1 Wichtigstes in Kürze

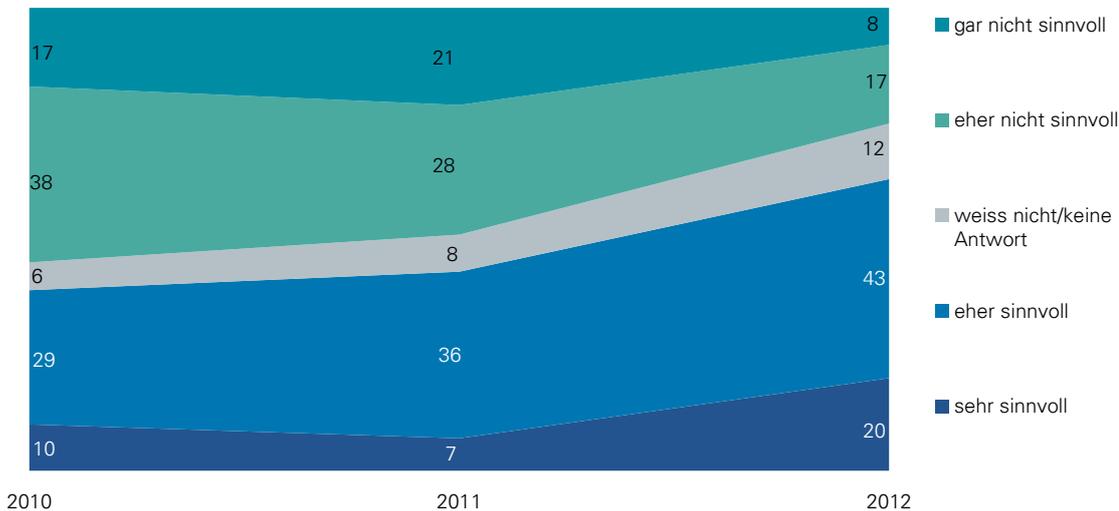
Erstmals in unserer Befragungsreihe resultiert eine Mehrheit, die die Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialpolitik als sinnvoll erachten würde. Der Anteil Stimmberechtigter liegt hier bei 63 Prozent sehr und eher sinnvoll. Das entspricht einer Zunahme von 20 Prozentpunkten. Der Meinungsumschwung fand vor allem auf der bürgerlichen Seite statt. Die Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen findet nun sowohl bei den Anhängern aller grossen Parteien als auch unter den parteipolitisch Ungebundenen Mehrheiten. Die Meinungsverteilung polarisiert dabei entlang der Sprachregionen. Auf die höchste Zustimmung stösst die Schuldenbremse für die Sozialversicherungen neu in der deutschsprachigen Schweiz.

## Grafik 1

### Trend Schuldenbremse für Sozialversicherungen

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

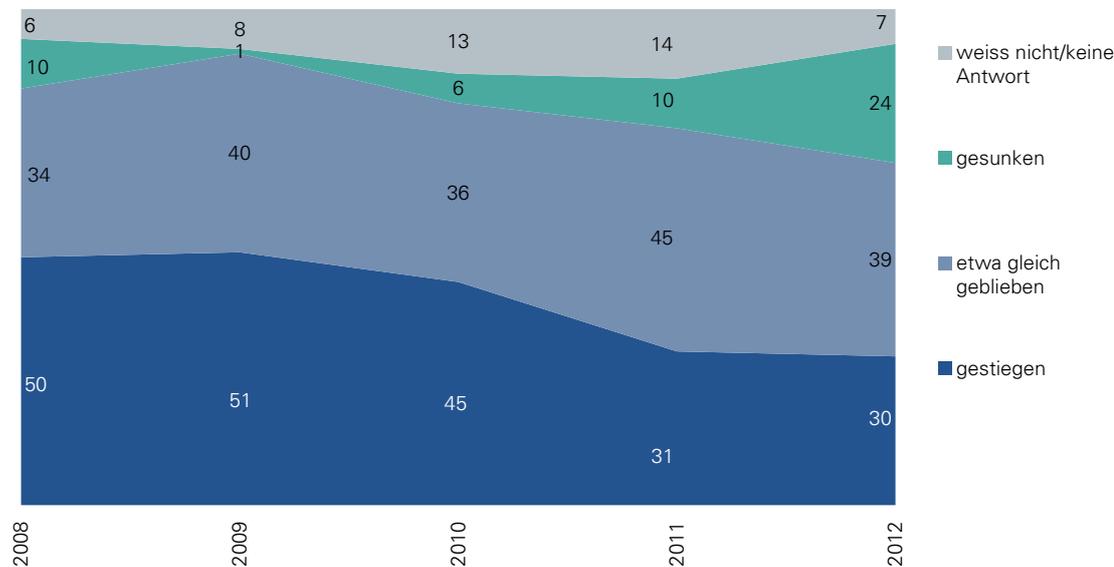
Für eine stabile Mehrheit von 64 Prozent der Stimmberechtigten hat sich die Schuldenbremse vollständig oder eher bewährt. Gewisse Zweifel bestehen bei ihrer Wirkung. Dennoch wollen nur 4 Prozent die Schuldenbremse abschaffen, 83 Prozent wollen sie behalten.

Erstmals in unserer Untersuchung zur Finanzgesinnung der StimmbürgerInnen wirkt sich die seit 2005 real sinkende Verschuldung des Bundes auf deren Wahrnehmung aus. Zunehmende 24 Prozent (+14 Prozentpunkte) nehmen die sinkende Verschuldung richtig wahr, abnehmende 39 Prozent (-6) gehen wenigstens von einer Stagnation aus. Für praktisch unveränderte 30 Prozent (-1) steigt die Verschuldung des Bundesstaates unverändert. Das Wissen um die tatsächliche Höhe der Verschuldung bestimmt die Wahrnehmung signifikant: Informierte Bürgerinnen und Bürger sehen die Schulden sinken.

## Trend Beurteilung Entwicklung Bundesschulden

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

44 Prozent (+3) finden, die Verschuldung der Schweizerischen Eidgenossenschaft sei zu hoch. Für 42 Prozent (-3) ist sie hoch, aber erträglich. Das Bild ähnelt jenem des Vorjahres. Gegenüber den ersten Befragungsjahren hat eine Verschiebung von "hoch" zu "hoch, aber erträglich" stattgefunden. Auch hier kann der Einfluss des Wissens über die Höhe der Verschuldung nachgewiesen werden. Wer kein solches hat, reagiert vermehrt mit dem Stereotyp "hoch"; bei korrektem Wissen beurteilen die Befragten die Lage vermehrt als "hoch, aber erträglich".

Der Rückblick auf die Wirtschaftslage wird vor einem leicht getrübbten ökonomischen Hintergrund gemacht: 33 Prozent der Befragten nehmen eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage wahr. Das sind 7 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Von einer Verbesserung gehen 17 Prozent (-9 Prozentpunkte) aus. Die Wahrnehmung hängt in erster Linie von der Parteibindung ab: Sympathisanten linker Parteien sind kritischer.

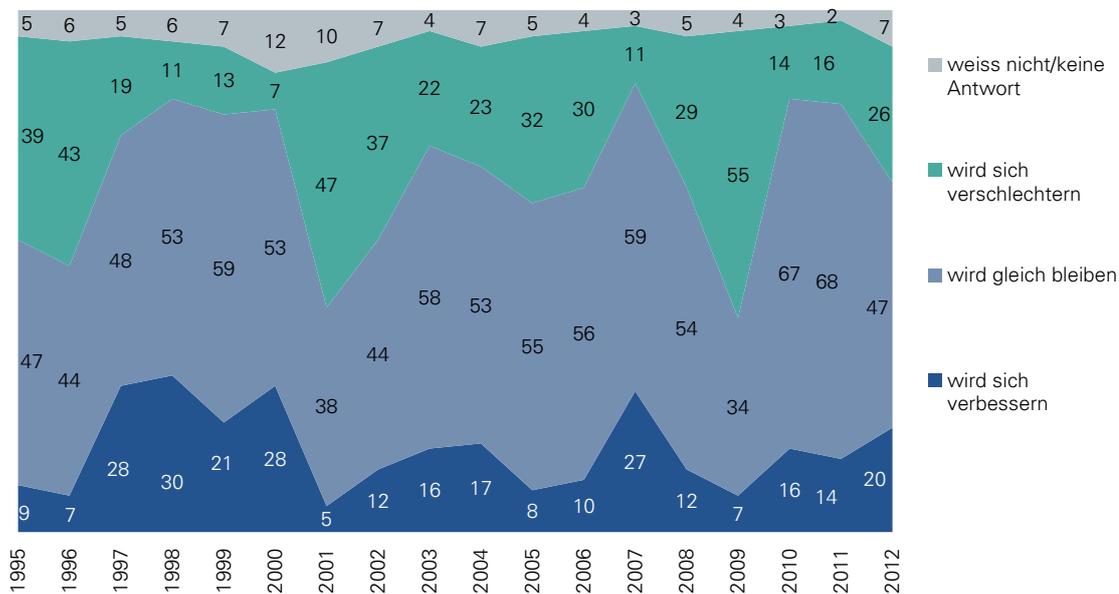
Ähnliches zeigt sich beim Ausblick: Wachsende 26 Prozent (+10) rechnen mit einer zunehmenden Verschlechterung der ökonomischen Situation in der Schweiz. Allerdings nimmt auch das Gegenteil zu. 20 Prozent (6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr) nehmen eine Verbesserung vorweg.

**Grafik 3**

**Trend Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate**

"Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die **allgemeine** Wirtschaftslage in den kommenden 12 Monaten entwickeln?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Nach dem Wahljahr beurteilen die BürgerInnen das finanzpolitische Handeln des Staates wieder etwas kritischer. Für 60 Prozent der StimmbürgerInnen hat der Staat die Ausgaben nicht im Griff. Der Wert hat binnen Jahresfrist um 7 Prozentpunkte zugenommen.

**Grafik 4**

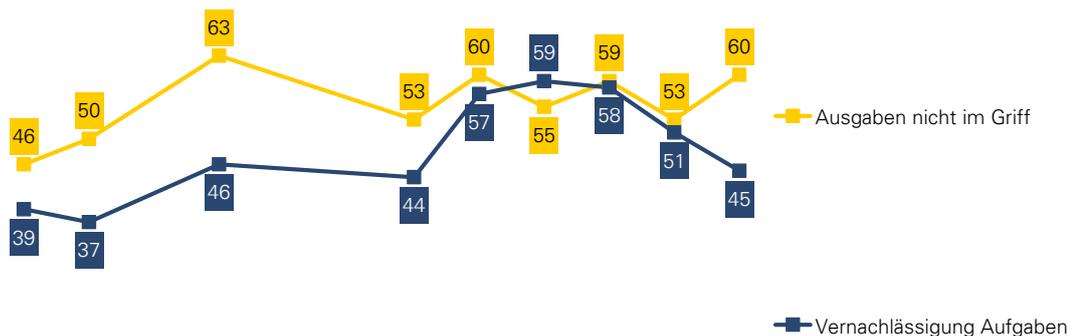
**Trend Aussagen zu Behörden**

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

**Ausgaben nicht im Griff** "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

**Vernachlässigung Aufgaben** "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



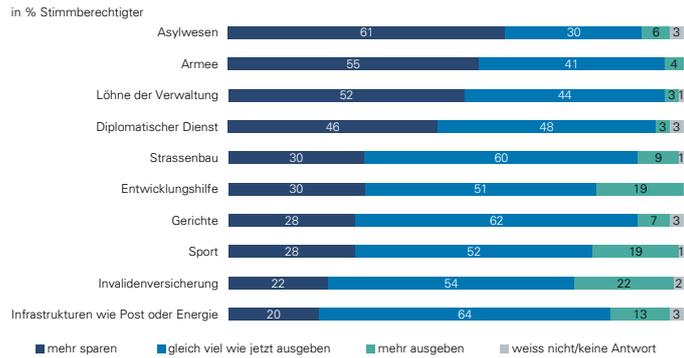
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Etwas rückläufig sind die Klagen über vernachlässigte Aufgaben; 45 Prozent teilen sie (-6). Beide Beurteilungen sind in erster Linie parteipolitisch auf der Links/Rechts-Achse bestimmt.

## Grafik 5

### Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr sparen)

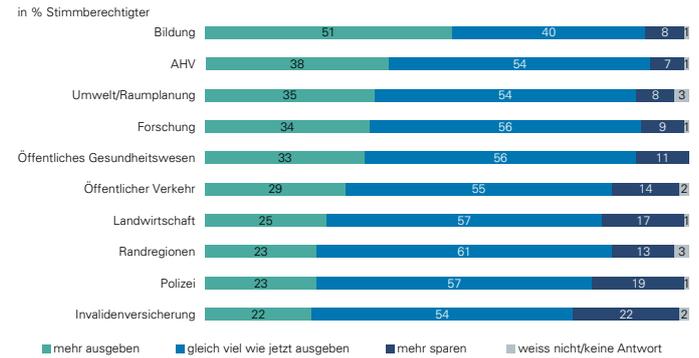
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

### Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr ausgeben)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Mehrheitlich akzeptierte Sparbereiche aus BürgerInnensicht sind das Asylwesen (61%), die Armee (55%) und die Löhne der Verwaltung (52%). Mehr Ausgeben wünscht eine (knappe) Mehrheit von 51 Prozent einzig im Bildungswesen.

Auch hier sind die Einschätzungen primär von der Position auf der Links/Rechts-Achse abhängig. Das Asylwesen ist der bevorzugte Sparbereich der Rechten, die Armee erfüllt Gleiches für die Linken. Sympathisanten von SVP und CVP kennen keinen Bereich, in dem sie mehrheitlich mehr ausgeben würden.

Weitgehend stabil sind die steuerpolitischen Einstellungen der Stimmberechtigten. Eine Mehrheit von 70 Prozent bezahlt ungern Steuern. Gleichzeitig sagen aber 93 Prozent, sie machten das aus Pflichtbewusstsein. 89 Prozent geben an, sie bezahlten Steuern, damit der Staat funktioniert.

## Grafik 6

### Trend Aussagen zu Steuern

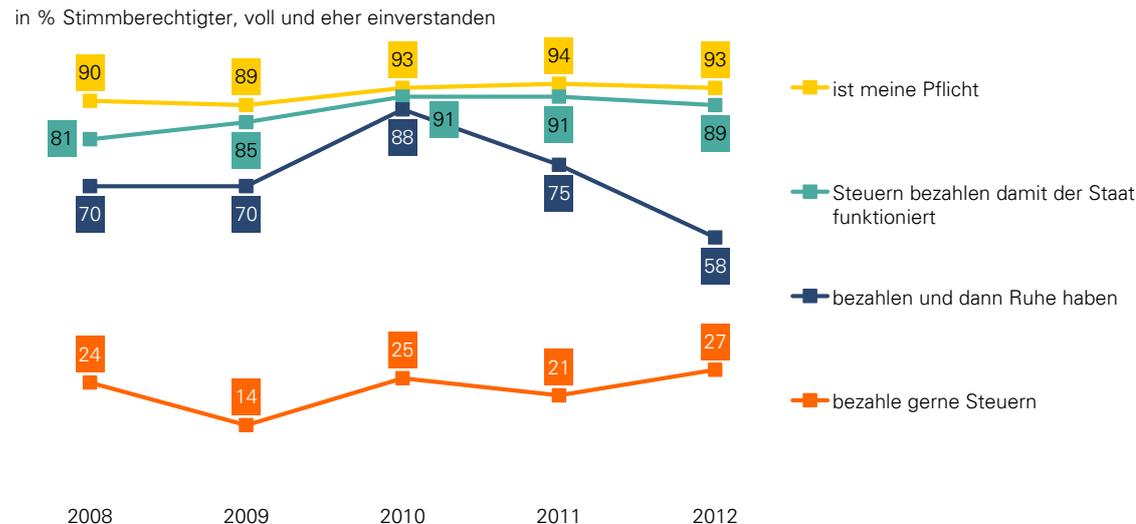
"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

**ist meine Pflicht** "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."

**Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert** "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

**bezahlen und dann Ruhe haben** "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."

**bezahle gerne Steuern** "Ich bezahle gerne Steuern."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Die einzige Änderung zum Vorjahr besteht darin, dass man in verringertem Masse Steuern bezahlt und dann in Ruhe gelassen werden will; das ist bei 58 Prozent der Fall. Steigende 36 Prozent lehnen das ab. Sie wollen sich vermehrt um die Verteilung der Steuern kümmern.

Die Belastung des eigenen Haushaltes durch Steuerabgaben empfinden 45 Prozent (-1 Prozentpunkte) als ganz oder eher grosses Problem. Der Wert selber ist praktisch unverändert. Er hängt aber von verschiedenen Faktoren ab. Es beklagen sich eher die unteren bis mittleren Einkommensschichten, Personen aus der lateinischen Schweiz und die parteipolitisch Ungebundenen.

Strategisch gesehen besteht ein hoher Konsens, dass der Bund seine Aufgaben mit den bestehenden Finanzmitteln lösen soll. Fast konstante 87 Prozent unterstützen das. 63 Prozent (+7 Prozentpunkte) befürworten, dass man Steuern und Ausgaben gleichzeitig senkt. Zwar sind hier nur 17 Prozent vollkommen überzeugt, aber weitere 46 Prozent tendieren mit der Antwort "eher einverstanden" in diese Richtung. Alle anderen staatspolitischen Finanzstrategien sind (unverändert) nicht mehrheitsfähig. Entsprechend bleiben die nachweislichen Konfliktlinien in diesen Fragen bevölkerungsseitig gering.

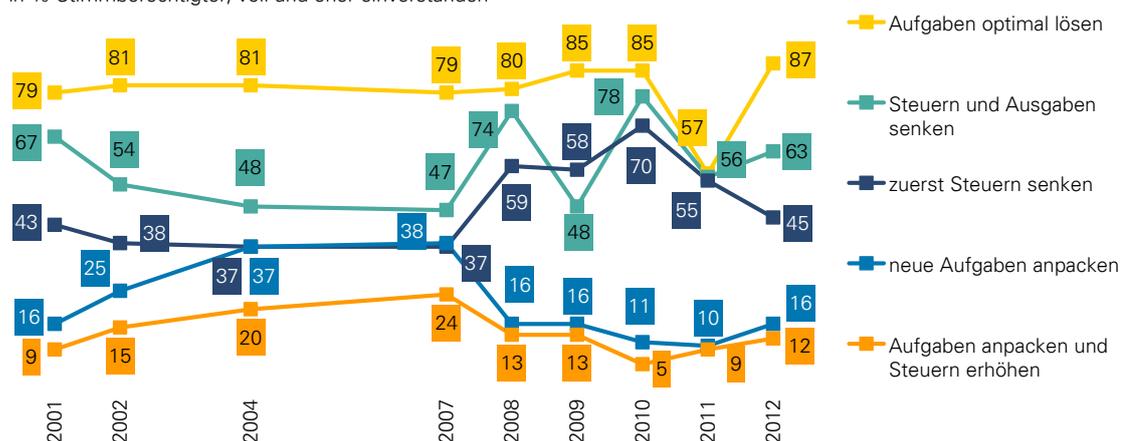
## Grafik 7

### Trend Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

- Aufgaben optimal lösen** "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."
- Steuern und Ausgaben senken** "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."
- neue Aufgaben anpacken** "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."
- zuerst Steuern senken** "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."
- Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen** "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Wenn der Staat Defizite ausweist, bevorzugen 84 Prozent Ausgaben senkungen, 7 Prozent begrüssen in erster Linie Neuverschuldungen und 5 Prozent sprechen sich für Steuererhöhungen aus. Auch diese Meinungsverteilung ist weitgehend stabil.

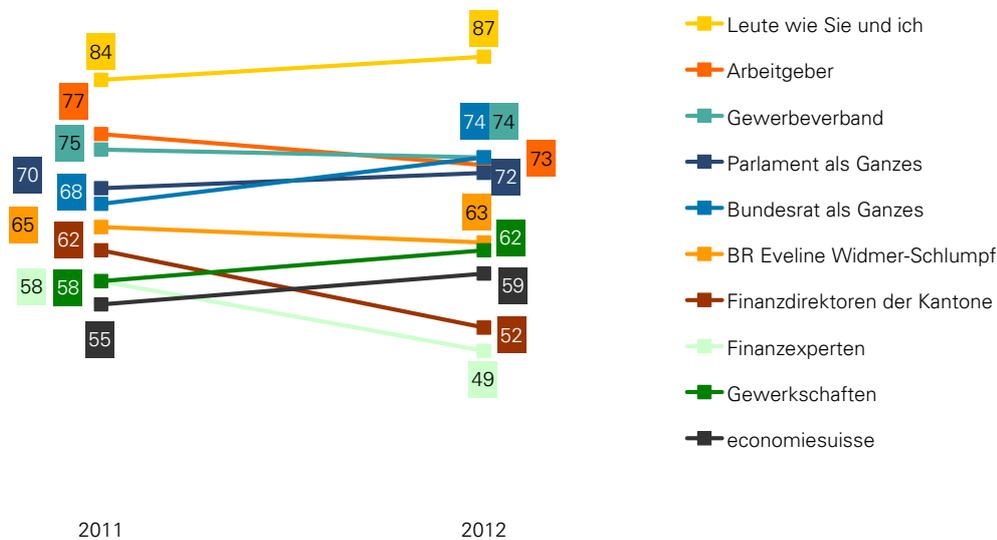
Resultieren umgekehrt Überschüsse im öffentlichen Haushalt, hat der Abbau von Schulden für 58 Prozent der Befragten Vorrang vor Steuersenkungen (33%) oder Neuausgaben (5%). Auch hier hat sich das Meinungsbild innert Jahresfrist nicht verändert.

Unverändert sind die Stimmberechtigten überwiegend (87%) der Meinung, "Leute wie Sie und ich" seien fähig, finanzpolitische Entscheidungen zu treffen. Es folgen die Behörden, diverse Wirtschaftsverbände und die Sozialpartner, die als Kommunikatoren von einer Mehrheit akzeptiert sind. Der Gesamtbundesrat (+6 Prozentpunkte), die Gewerkschaften, die economistesuisse und die FDP. Die Liberalen (je +4) haben innert Jahresfrist zugelegt.

## Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Parteien als Akteure der Finanzpolitik werden von der FDP und der GPS (je 52%) angeführt. Sie rangieren knapp vor der SVP (51%), etwas deutlicher vor der CVP (47%) und der SP (46%). Für alle Parteianhängerschaften ist typisch, dass sie die eigene Partei an erste Stelle setzen und in der Regel eine Partei mit ähnlicher finanzpolitischer Ausrichtung dahinter folgt.

# 2 Einleitung

## 2.1 Mandat

Monitore sind Informationssysteme, die der längerfristigen Beobachtung dienen. Sozialwissenschaftliches Monitoring wird betrieben, um über die Entwicklung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse und Prozesse umfassend und zuverlässig informiert zu sein.

Der Finanzmonitor, den das Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse erstellt, beabsichtigt über relevante Fragen der Finanzpolitik im Quer- und Längsschnittvergleich aus der Sicht der Stimmberechtigten Auskunft zu geben.

Wie alle unsere Monitoring-Projekte verfolgt der Finanzmonitor zwei Zeitperspektiven: Die mittelfristige mit periodischen Veränderungen und die kurzfristige mit den aktuellen Themen und Ausschlägen. Letztere sind in der Regel ereignishaft, häufig aber nicht nachhaltig; Erstere haben mehr mit veränderten Umständen zu tun, meist wirtschaftlicher Natur, die sich selten linear entwickeln und meist zyklischer Natur sind.

## 2.2 Zielsetzung

Der Finanzmonitor soll langfristig die nachstehenden Schwerpunkte untersuchen:

- die Beurteilung der eigenen Steuern und der eigenen Steuerlast
- die generelle Beurteilung der Steuerpolitik, des Umgangs der öffentlichen Hand mit den Einnahmen, des Ausgabenverhaltens und der individuell wahrgenommenen Austauschrelation,
- die Aus- und Abbaupotentiale bei den öffentlichen Finanzen nach Bereichen generell sowie
- das Bild der finanzpolitischen Akteure.

Diese Informationen werden jährlich erhoben, gesichtet, analysiert und publiziert. Die erste Erhebung nach diesem Muster wurde im Jahr 2008 durchgeführt.

## 2.3 Design

Ein Monitoring auf Umfragebasis ist möglich, wenn minimal drei Bedingungen erfüllt werden:

1. die Konstanz der Fragestellungen,
2. die Konstanz der Stichprobenbildung und
3. die Konstanz der Erhebungspraxis.

Letzteres führt dazu, dass idealerweise immer dasselbe Forschungsinstitut mit der Durchführung des Monitors betreut wird. Bedingung 2 wird mit den Angaben im nachstehenden Kasten zu den technischen Angaben fixiert. Bedingung 1 wurde vom Kunden und dem Forschungsinstitut gemeinsam sichergestellt, wobei gfs.bern in Methodenfragen das Letztentscheidungsrecht hatte.

Die Befragung findet als persönliche, sogenannte Face-to-Face-Befragung statt. Sie hat den grossen Vorteil, dass die Interviewlänge kaum eingeschränkt ist; es

sind Umfragen bis zu 45 Minuten machbar. Der Nachteil besteht im Aufwand: Persönliche Interviews vor Ort bedingen eine grosse Reisetätigkeit, was die Befragung teurer macht, und sie benötigen auch mehr Zeit, um sie durchzuführen. Zudem ist die Realisierung reiner At-random-Stichproben (fast) nicht möglich, sodass man in der Regel auf gemischte Zufalls-/Quotenverfahren setzt.

Die instruierten Befragenden und Befragte erheben die Informationen an repräsentativ ausgewählten Orten in jeder Sprachregion. Sie berücksichtigen bei der Personenauswahl Geschlecht und Alter, damit die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt.

### Technische Eckwerte des Finanzmonitors 2012

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte
Befragungsgebiet:	ganze Schweiz, dreisprachig
Erhebungsart:	Face-to-Face-Interviews (FTF)
Befragungszeitraum:	19. April – 12. Mai 2012
Stichprobenart:	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Personen (Geschlecht, Alter)
Stichprobengrösse:	1'000
Stichprobenfehler:	± 3.2 Prozentpunkte bei Verteilung von 50:50
Verwendbarkeit:	für die Publikation bestimmt

Der jeweilige statistische Fehler, streng genommen nur bei At-random-Stichproben berechenbar, kann hier nur approximativ angegeben werden. Bei ausgewiesenen Grössen beträgt er angesichts der Basisstichprobengrösse:

**Tabelle 1**

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N= 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N= 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N= 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N= 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern, Finanzmonitor, Juni 2012

Die Beschränkungen der Befragung auf Stimmberechtigte erfolgt bewusst, denn der Finanzmonitor versteht sich in erster Linie als politisches Beobachtungsinstrument. Seine Bezugsgrössen sind daher die in politischen Entscheidungen massgeblichen Bürgerinnen und Bürger. Konkret bedeutet dies aber, dass wir beispielsweise keine Aussagen machen können, die sich auf alle SteuerzahlerInnen beziehen, denn diese umfassen auch AusländerInnen.

**Tabelle 2**

<b>Technische Eckdaten der zurückliegenden Befragungen</b>				
<b>Jahr</b>	<b>Datenerhebung</b>	<b>Stichproben- grösse</b>	<b>Zeitraum</b>	<b>Stichproben- fehler</b>
<b>2011</b>	FTF/Quoten- stichprobe	1'000	26.04. – 15.05.2011	±3.2 Prozentpunkte
<b>2010</b>	FTF/Quoten- stichprobe	1'006	26.04. – 16.05.2010	±3.2 Prozentpunkte
<b>2009</b>	FTF/Quoten- stichprobe	1'007	27.04. – 17.05.2009	±3.2 Prozentpunkte
<b>2008</b>	FTF/Quoten- stichprobe	1'010	28.04. – 18.05.2008	±3.1 Prozentpunkte
<b>2007</b>	CATI/at random	1'040	08.01. – 21.01.2007	±3.1 Prozentpunkte
<b>2004</b>	CATI/at random	1'000	12.01. – 23.01.2004	±3.2 Prozentpunkte
<b>2002</b>	CATI/at random	1'027	23.02. – 06.02.2002	±3.1 Prozentpunkte
<b>2001</b>	CATI/at random	1'035	24.07. – 13.08.2001	±3.1 Prozentpunkte

© gfs.bern, Finanzmonitor, Juni 2012

Das Finanzmonitoring im eigentlichen Sinne wurde 2008 begonnen. Vorarbeiten reichen aber bis ins Jahr 2001 zurück. 2008 wurde ein neues Konzept erstellt, das eine finanzpolitische Gesamtschau erlaubt.

Die vormals bevorzugten CATI-Erhebungen wurden aufgegeben, weil die Interviewlänge mehrfach anwuchs und die Interviews mittels telefonischer Befragung nicht mehr realisiert werden konnten. Das führt dazu, dass die Zeitvergleich vor und nach 2008 mit Vorsicht zu geniessen sind. In einem konkreten Punkt werden wir auf die Konsequenz zurückkommen müssen.

## **2.4 Politisches und wirtschaftliches Umfeld der aktuellen Befragung**

Während der Befragungszeit (19. April bis 12. Mai) spielten sich auf dem internationalen Parkett wichtige politische und wirtschaftliche Entwicklungen ab. Geprägt war die Stimmung von der Finanz- und Wirtschaftskrise, welche sich in mehreren Staaten der Eurozone (v.a. Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien) zu einer Staatsschuldenkrise und schliesslich zu einer Eurokrise entwickelt hat. Mehrere Länder, darunter Frankreich, wechselten ihr Führungspersonal aus.

Im Vergleich zu den internationalen Entwicklungen war die Situation in der Schweiz weniger dramatisch. Drei Parteien (FDP, GPS und BDP) erhielten ein neues Präsidium und die Politik beschäftigte sich mit ausländischen Steuerforderungen:

Am 27. April verabschiedet der Europarat eine Resolution, welche die Schweiz indirekt als "Steuerparadies" verurteilt.

Am 9. Mai gibt das Tessin blockierte Gelder frei und ermöglicht Verhandlungen über ein Steuerabkommen mit Italien.

Am 11. Mai empfiehlt die Aussenpolitische Kommission APK des Ständerates ein Ja zu den Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich; der Bundesrat schlägt eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe vor.

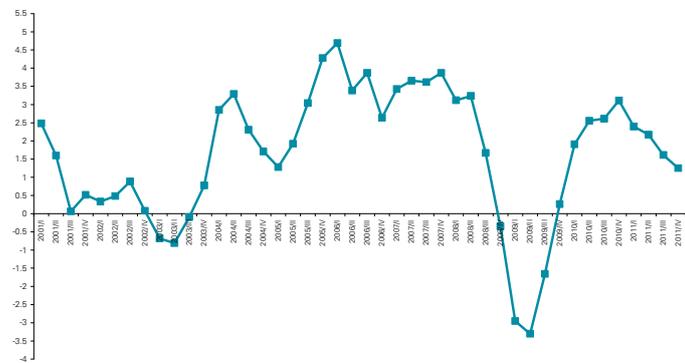
Die wirtschaftlichen Kennzahlen aus dem letzten Jahr sind durchzogen. Die Schweizer Wirtschaft wuchs in jedem Quartal seit Ende 2009 und hat Ende

2010 wieder die guten Wachstumswerte von Mitte 2008 erreicht. Seither hat sich das Wachstum jedoch wieder verlangsamt (gemessen an der Veränderung des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres). Gleichzeitig ist die vom SECO gemessene Konsumentenstimmung, welche seit Mitte 2010 positive Werte auswies, wieder in den negativen Bereich gerutscht.

### Grafik 9

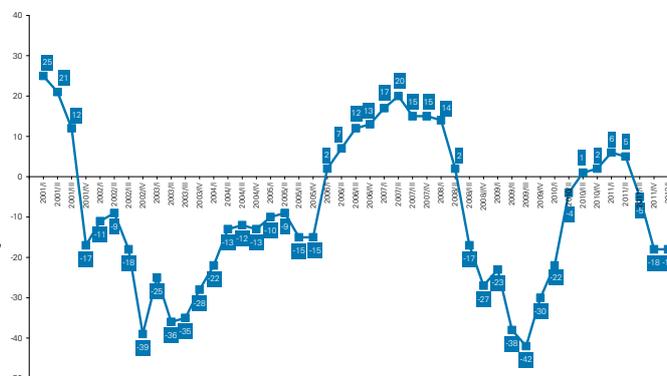
#### Trend BIP

Quartalaggregat des Bruttoinlandsproduktes (Verwendungsansatz) zu Preisen des Vorjahres, reale nicht additive Volumen, in Prozent gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012, Daten SECO: <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de>

#### Trend Konsumentenstimmungsindex



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012, (N = jeweils ca. 1'100) / Umfrage seco: <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00453/index.html?lang=de>

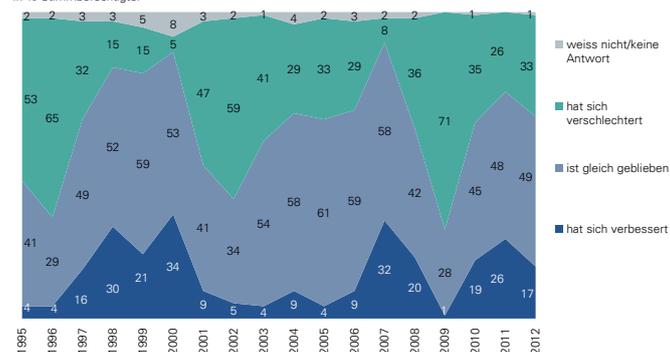
Dieselbe Entwicklung findet sich auch in der rückblickenden subjektiven Beurteilung der Befragten des Finanzmonitors. In den vergangenen zwölf Monaten stellten 33 Prozent eine wirtschaftliche Verschlechterung fest, während nur 17 Prozent eine Verbesserung wahrgenommen haben. 2010 waren diese beiden gegensätzlichen Ansichten mit je 26 Prozent ausgeglichen. Die subjektive Empfindung ist 2012 wieder negativer, jedoch noch weit vom Krisenjahr 2009 (71% verschlechtert, 1% verbessert) entfernt. Auch prospektiv zeigt sich eine ähnliche Entwicklung: Zwar erwarten 20 Prozent in den nächsten 12 Monaten eine wirtschaftliche Verbesserung (+6 Prozentpunkte gegenüber 2011), 26 Prozent befürchten aber eine Verschlechterung (+10 Prozentpunkte). Die negativen Erwartungen haben folglich stärker zugenommen als die positiven.

### Grafik 10

#### Trend Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate

\*Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die **allgemeine** Wirtschaftslage in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?\*

in % Stimmberechtigter

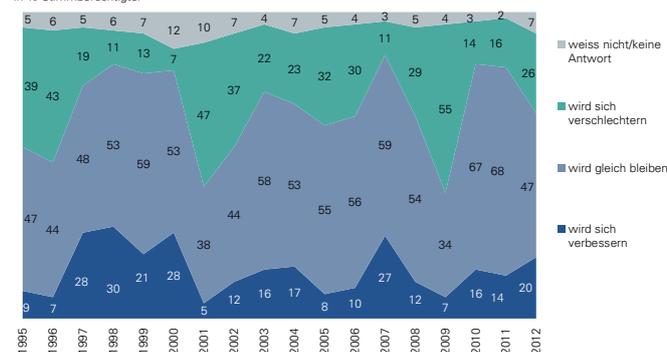


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

#### Trend Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate

\*Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die **allgemeine** Wirtschaftslage in den kommenden 12 Monaten entwickeln?\*

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Eine negative Wahrnehmung der vergangenen Wirtschaftsentwicklung findet sich vornehmlich auf der linken Seite des Parteienspektrums (GPS 18% verbessert vs. 43% verbessert, SP 26% vs. 41%). Einzig unter Sympathisanten der FDP. Die Liberalen überwiegen im Rückblick die positiven die negativen Voten knapp (29% vs. 28%). Bei der tiefsten Einkommensklasse unter 3'000 Franken pro Monat und Haushalt wird mit 38 Prozent am häufigsten eine Verschlechterung bemerkt (10% verbessert).

Aus der rückwärtigen Betrachtung ergeben sich die Prognosen für die kommenden zwölf Monate. Links der Mitte überwiegt der Pessimismus (GPS 14% verbessern vs. 42% verschlechtern, SP 15 vs. 30%), bei der FDP. Die Liberalen knapp der Optimismus (25% vs. 23%). In der tiefsten Einkommensklasse ma-

len 32 Prozent schwarz (11% verbessern), während bei Haushaltseinkommen zwischen 9'000 und 11'000 Franken die Zukunft rosiger gesehen wird (35% verbessern vs. 18% verschlechtern). Zusätzlich kommt eine regionale Komponente zu Tragen: Die italienischsprachige Schweiz erwartet eine wirtschaftlich bessere Zukunft (35% vs. 11%), die deutschsprachige Schweiz eine schlechtere (19% vs. 28%).

## 2.5 Auswertungsmethoden

Die Auswertungen erfolgten in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt wurden alle Fragen nach Randverteilungen ausgewertet und die für die Prüfung des Einflusses der Einkommensverhältnisse, der Parteibindungen und der Sprachregionen nötigen Kreuztabellierungen vorgenommen. Auftretende Unterschiede wurden mittels Signifikanztests bewertet. Anschliessend wurde nur noch mit statistisch relevanten Unterschieden weitergearbeitet.

In einem zweiten Schritt wurden die Resultate, wo vorhanden, mit den früheren Ergebnissen zu identischen Fragestellungen verglichen. Im dritten Schritt wurden die relevanten Resultate grafisch aufgearbeitet.

In der Regel begnügen wir uns mit bivariaten Zusammenhängen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen. Bei eher synthetischen Zusammenhängen haben wir aber auch multivariate Abklärungen vorgenommen (multidimensionale Skalierung, Faktorenanalyse, Regressionsanalysen).

## 2.6 Projektteam

Das Projektteam bestand aus den SpezialistInnen von gfs.bern zu Fragen von Finanz- und Wirtschaftspolitik; den Schlussbericht verfassten Jonas Kocher und Claude Longchamp gemeinsam.

### Leitung

Claude Longchamp, Institutsleiter gfs.bern

### Stellvertretung

Jonas Ph. Kocher, Projektleiter gfs.bern

Urs Bieri, Senior-Projektleiter gfs.bern

### Datenanalyse

Stephan Tschöpe, wissenschaftlicher Mitarbeiter gfs.bern

### Grafik, Desktop

Sarah Deller, Projektadministratorin gfs.bern

# 3 Befunde

## 3.1 Übersicht

Der Teil zu den Befunden gliedert sich wie folgt:

### **Kapitel 3.2**

Zunächst soll auf die bestehende Schuldenbremse und eine mögliche Ausweitung auf die Sozialwerke eingegangen werden.

### **Kapitel 3.3**

In einem zweiten Kapitel konzentrieren wir uns auf die Schulden und wie sie wahrgenommen werden.

### **Kapitel 3.4**

Das dritte Kapitel stellt den Input (Steuern) und den Output (Leistungen) gegenüber.

### **Kapitel 3.5**

Im Zentrum dieses Kapitels stehen die Spar- und Ausgabenbereiche.

### **Kapitel 3.6**

Im fünften Befundekapitel soll die generelle Beurteilung der Steuerpolitik untersucht werden.

### **Kapitel 3.7**

Die Strategien für den Staatshaushalt bilden den Inhalt dieses Kapitels.

### **Kapitel 3.8**

Das letzte Befundekapitel beleuchtet die Glaubwürdigkeit einzelner finanzpolitischer Akteure bei den Stimmberechtigten.

### **Kapitel 4**

Das letzte Kapitel schliesst in Form einer Synthese die Befunde ab.

## 3.2 Die Schuldenbremse

Die Schuldenbremse, die seit 2003 angewandt wird, kann als Erfolgsprodukt bezeichnet werden. Während Krisen weltweit die Staatshaushalte belasteten und die Staatsschulden anwachsen liessen, konnte die Schweiz die Schulden in den vergangenen Jahren sogar senken. Für eine stabile Mehrheit von 64 Prozent der Stimmberechtigten hat sich die Schuldenbremse entsprechend vollständig oder eher bewährt. Gewisse Zweifel bestehen bei der Wirkung der Schuldenbremse. 46 Prozent sind sich nicht sicher, ob sie einen Schuldenanwuchs verhindern könnte. Dennoch ist ihr Fortbestehen ungefährdet: Nur 4 Prozent wollen sie abschaffen, 83 Prozent wollen sie behalten.

## Ansichten zur Schuldenbremse

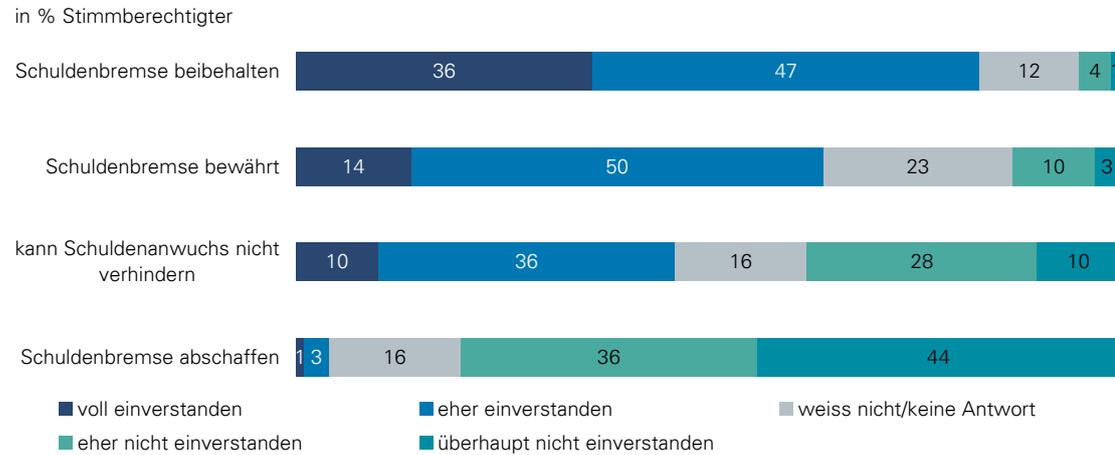
"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

**Schuldenbremse beibehalten** "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

**Schuldenbremse bewährt** "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

**kann Schuldenanwuchs nicht verhindern** "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

**Schuldenbremse abschaffen** "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Im Vergleich zu den Vorjahren sprechen sich zwar etwas weniger Stimmberechtigte für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus (-7 Prozentpunkte gegenüber 2011, -11 gegenüber 2010). Der Wert ist mit 83 Prozent aber immer noch sehr hoch. Zugenommen haben die Zweifel an der Wirksamkeit, allerdings nicht so stark wie 2010 (+5, -9). Praktisch unverändert wird die Schuldenbremse als bewährtes Instrument der Finanzpolitik bezeichnet (+3, ±0). Der Wunsch nach einer Abschaffung nimmt auf tiefem Niveau sogar noch ab (-4, -2).

## Trend Ansichten zur Schuldenbremse

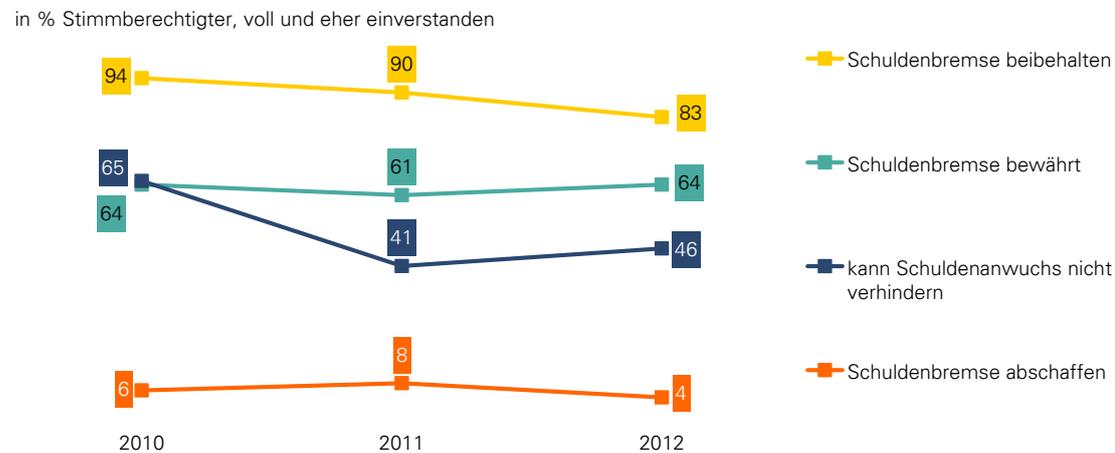
"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

**Schuldenbremse beibehalten** "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

**Schuldenbremse bewährt** "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

**kann Schuldenanwuchs nicht verhindern** "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

**Schuldenbremse abschaffen** "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Ansichten zur Schuldenbremse findet man in den untersuchten Untergruppen wieder, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Für alle Parteienanhängerschaften, Einkommensklassen und Sprachregionen hat sich die Schuldenbremse mehrheitlich bewährt. Etwas weniger stark ausgeprägt ist diese Sicht bei tiefen bis mittleren Einkommen, den Anhängerinnen der GPS und den Parteungebundenen. Ein ähnliches Bild zeichnet sich beim Wunsch ab, die Schuldenbremse beizubehalten. Die grüne Wählerschaft unterscheidet sich hier nicht vom Durchschnitt. Ob die Schuldenbremsen das Ansteigen der Bundesschulden verhindern kann, bezweifeln (knappe) absolute Mehrheiten unter den SP- und GPS-AnhängerInnen sowie Personen mit einem mittleren Haushaltseinkommen (CHF 5'000 bis 7'000). Am geringsten sind die Unterschiede, wenn es um die Abschaffung der Schuldenbremse geht. Unter SP-Sympathisanten ist diese Forderung noch am ehesten zu finden, allerdings auf einem tiefen Wert von zehn Prozent.

Grafik 13

## Ansichten zur Schuldenbremse nach Partei

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

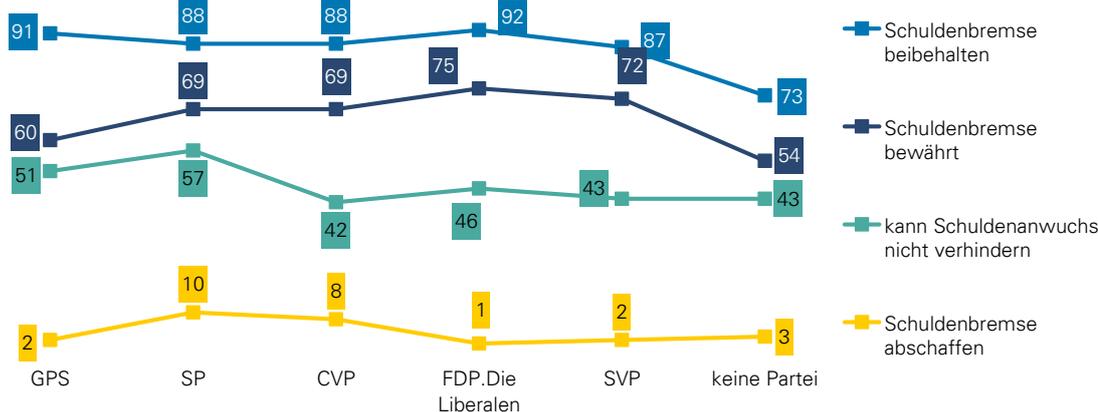
**Schuldenbremse beibehalten** "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

**Schuldenbremse bewährt** "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

**kann Schuldenanwuchs nicht verhindern** "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

**Schuldenbremse abschaffen** "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Grafik 14

## Ansichten zur Schuldenbremse nach Sprachregion

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

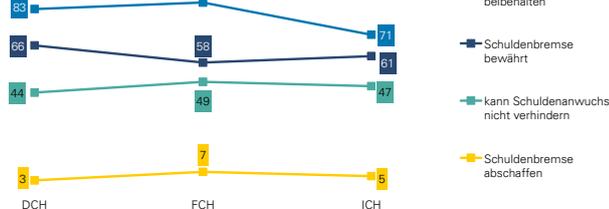
**Schuldenbremse beibehalten** "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

**Schuldenbremse bewährt** "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

**kann Schuldenanwuchs nicht verhindern** "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

**Schuldenbremse abschaffen** "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

## Ansichten zur Schuldenbremse nach Haushaltseinkommen

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

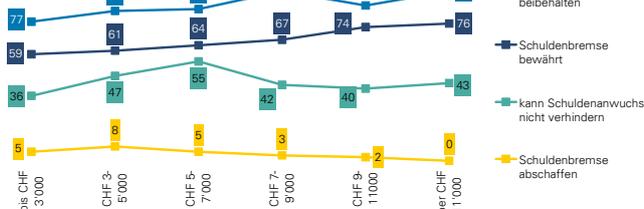
**Schuldenbremse beibehalten** "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

**Schuldenbremse bewährt** "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

**kann Schuldenanwuchs nicht verhindern** "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

**Schuldenbremse abschaffen** "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden

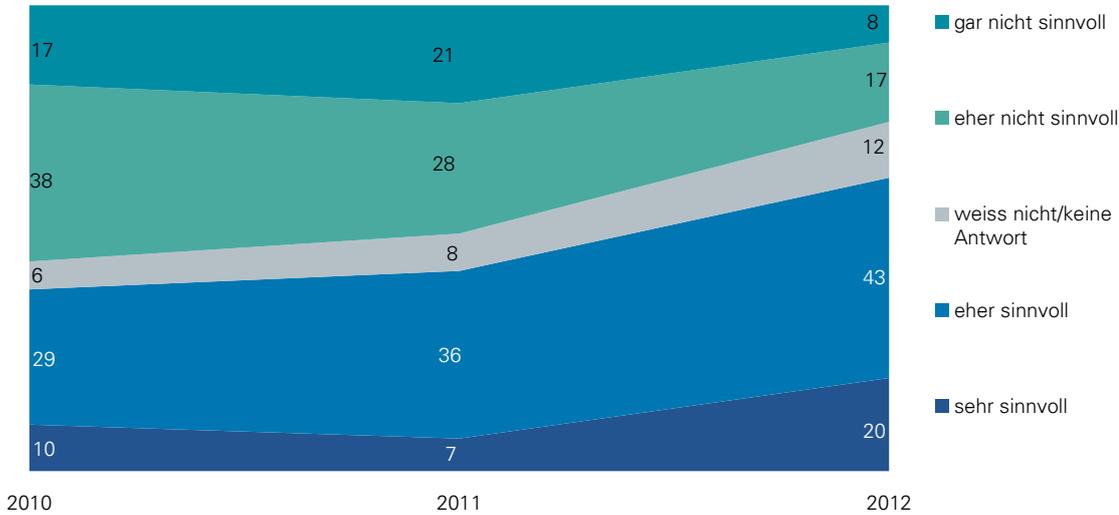


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

## Trend Schuldenbremse für Sozialversicherungen

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"

in % Stimmberechtigter

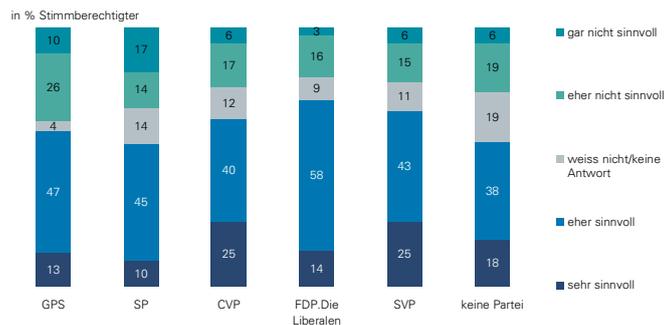


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Erstmals in unserer Befragungsreihe gibt es eine Mehrheit, die die Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialpolitik als sinnvoll erachten würde. Der Anteil Stimmberechtigter liegt hier bei 63 Prozent sehr und eher sinnvoll. Das entspricht einer Zunahme von 20 Prozentpunkten. Die positiven Erfahrungen mit der Schuldenbremse für das Bundesbudget und die Negativbeispiele ausländischer Staatshaushalte mögen diesen Umschwung begünstigt haben. Der Meinungsumschwung fand vor allem auf bürgerlichen Seite (SVP 68%, +33; FDP.Die Liberalen 73%, +34; CVP 65%, +17) neuen Rückhalt. Auch bei den SP-Anhängern sprechen sich 55 Prozent sehr oder eher dafür aus; gegenüber der letztjährigen Befragung ist das jedoch ein Rückgang von sechs Prozentpunkten. Um fünf Prozentpunkte stieg bei den parteipolitisch Ungebundenen die Zustimmung zur Schuldenbremse für die Sozialversicherungen. Diese findet damit sowohl bei den Anhängern aller grossen Parteien als auch unter den parteipolitisch Ungebundenen klare Mehrheiten. Die Meinungsverteilung polarisiert dabei entlang der Sprachregionen. Am meisten Rückhalt genießt die Forderung nun in der Deutschschweiz (67%, +24), noch vor der italienischsprachigen Schweiz (55%, -2). Auch in der Westschweiz hat die Zustimmung zugenommen, verfehlt allerdings knapp eine absolute Mehrheit (49%, +8).

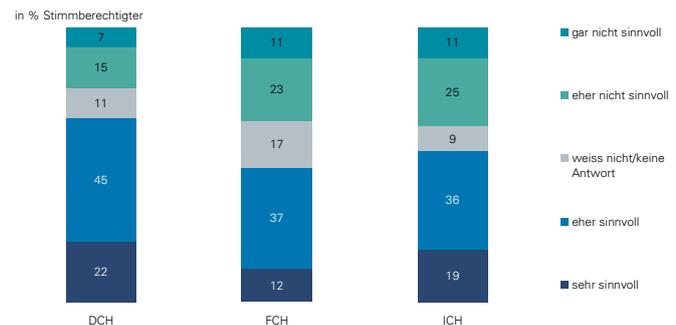
### Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Partei

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"



### Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Sprachregion

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

Entlang der Haushaltseinkommen haben sich die Unterschiede verringert. Die grössten Zustimmungswerte von 75 Prozent sind allerdings immer noch in den obersten Einkommensklassen (ab CHF 11'000) zu finden. Am meisten Kritik üben die Einkommen zwischen 5'000 und 7'000 Franken pro Monat (35% eher oder gar nicht sinnvoll).

### **3.2.1 Zwischenbilanz**

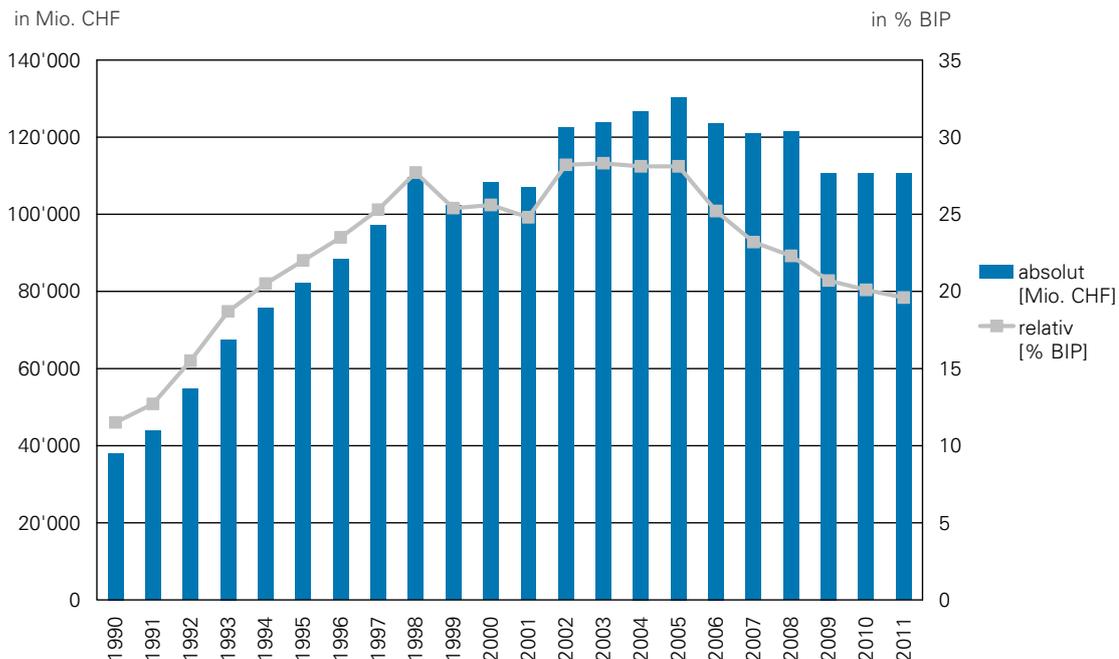
Für eine stabile Mehrheit von 64 Prozent der Stimmberechtigten hat sich die Schuldenbremse vollständig oder eher bewährt. Gewisse Zweifel bestehen bei der Wirkung der Schuldenbremse. Dennoch wollen sie nur 4 Prozent abschaffen. 83 Prozent wollen die Schuldenbremse behalten. Man kann das auch so zusammenfassen: Mitte der Nullerjahre des 21. Jahrhunderts eingeführt, hat sich dieses Instrument bewährt. Es hat dem Wirtschaftswachstum nicht geschadet; es hat aber die Verschuldung des Bundes begrenzt. Damit sind die hauptsächlichen Zielsetzungen erfüllt worden. Nicht nur die Politik hat sich damit arrangiert, in der Bevölkerung ist die Unterstützung des Instruments mehrheitlich populär (geliebt).

Erstmals gibt es in unserer Befragungsreihe eine Mehrheit, welche die Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialpolitik als sinnvoll erachten würde. Als hauptsächlichen Grund kann man das veränderte Umfeld vermuten; mit ihm ist das Bewusstsein gestiegen, dass die Staatsverschuldung zu einem vorrangigen Problem mit weitreichenden Konsequenzen geworden ist. Ob es sich dabei um einen situativen Umschwung oder eine nachhaltige Änderung handelt, müssen wir offen lassen.

## **3.3 Die Bundesschulden**

Seit der Anwendung der Schuldenbremse 2003 stiegen die Schulden des Bundes in absoluten Zahlen bis 2005 nur noch leicht. Danach sind sie bis heute deutlich gesunken. Die Staatsschuldenquote liegt damit im internationalen Vergleich auf einem tiefen bis mittleren Niveau (ca. 20% nur Bundesschulden, ca. 40% alle Staatsebenen, abhängig von der Berechnungsgrundlage).

## Trend Schulden des Bundes (brutto)

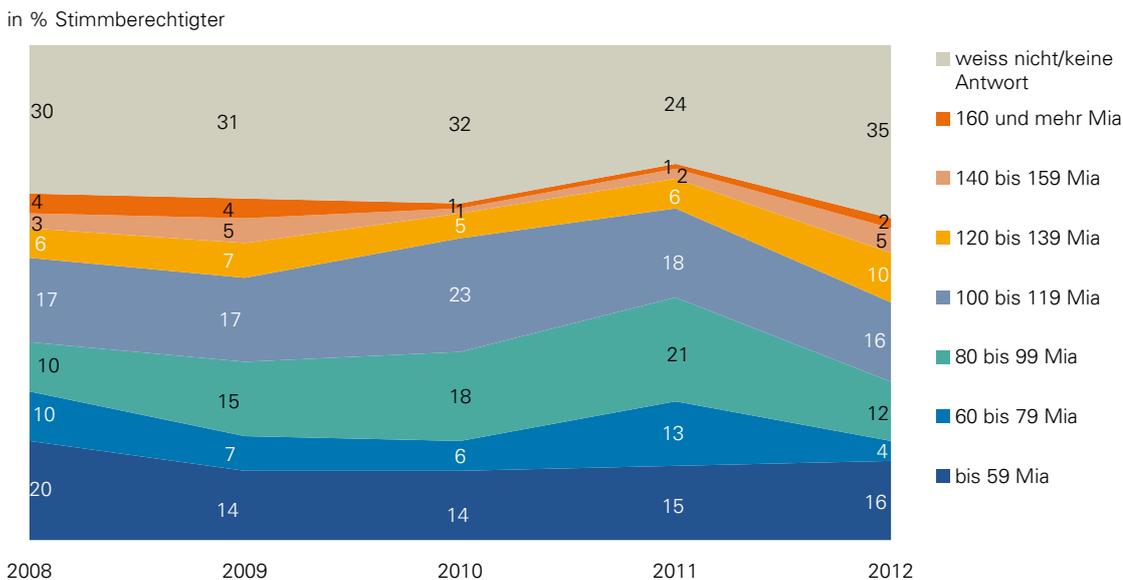


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012, Quelle Staatsrechnung. Bericht zur Bundesrechnung. Eidg. Finanzverwaltung.

Fragt man die Stimmberechtigten direkt danach, so unterschätzen sie die Höhe der Bundesschulden meist: 48 Prozent veranschlagen die Bundesschulden auf weniger als 100 Milliarden Schweizer Franken. 17 Prozent gehen von mehr als 120 Milliarden aus. Rund ein Drittel wagt keine Schätzung und nur 16 Prozent nennen einen Wert nahe bei 110 Milliarden, wie er von der Eidgenössischen Finanzverwaltung berechnet wurde. Im Durchschnitt werden die Schulden auf 90 Milliarden Franken geschätzt (ohne "weiss nicht/keine Antwort"). Die Schätzung schwankt zwar zwischen den Befragungswellen, ist aber konstant zu tief.

## Trend Einschätzung Bundesschulden

"Wissen Sie, wie gross die Schulden sind, welche die Eidgenossenschaft, also der Bund, aber ohne die Kantone, Ende [des Vorjahres] hatte? Machen Sie mir bitte eine möglichst genaue Schätzung in Milliarden Franken. Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie mir das ruhig."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

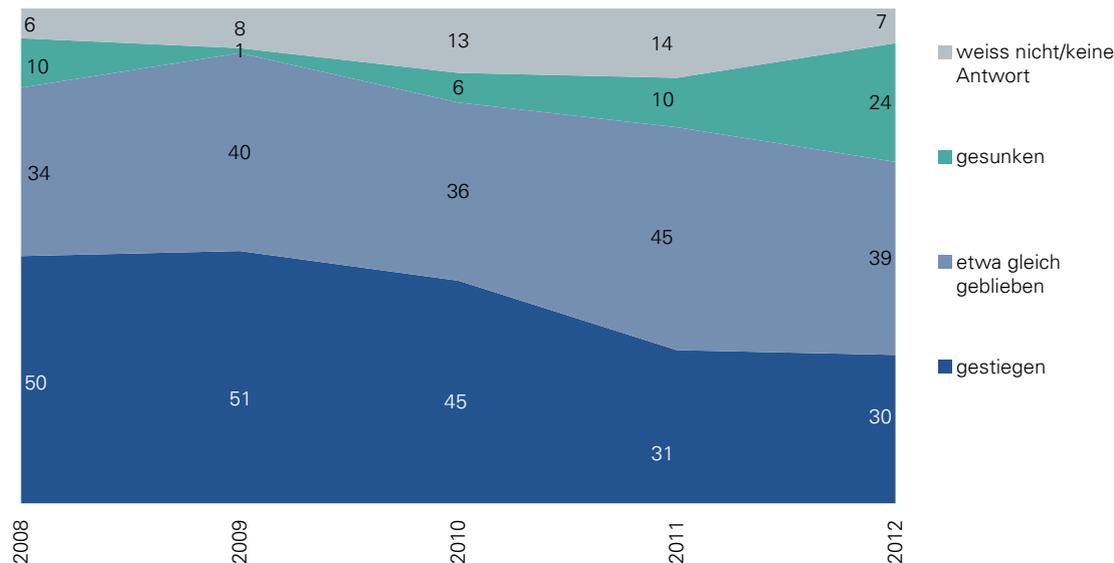
Erstmals in unserer Untersuchung zur Finanzgesinnung der StimmbürgerInnen wirkt sich die seit 2005 real sinkende Verschuldung des Bundes auf deren Wahrnehmungen aus. Zunehmende 24 Prozent (+14 Prozentpunkte) nehmen die sinkende Verschuldung richtig wahr, abnehmende 39 Prozent (-6) gehen wenigstens von einer Stagnation aus. Für praktisch unveränderte 30 Prozent (-1) steigt die Verschuldung des Bundesstaates an. Noch 2010 vermuteten relativ mehrheitliche 45 Prozent ein Schuldenwachstum.

**Grafik 19**

## Trend Beurteilung Entwicklung Bundesschulden

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

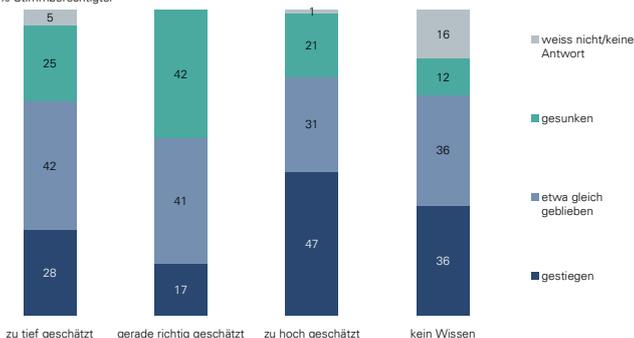
Das Wissen um die tatsächliche Höhe der Verschuldung bestimmt die Wahrnehmung signifikant: Informierte Bürgerinnen und Bürger sehen die Schulden sinken. Ein Wachstum vermutet, wer die Schulden zu hoch geschätzt hat (und in der Tendenz auch jene, die keine Schätzung vornahmen). Wer eine zu tiefe Schätzung machte, geht am ehesten von einer Stagnation der Bundesschulden aus. Aus der Reihe tanzen die AnhängerInnen der GPS, welche zu 51 Prozent eine Zunahme wahrnehmen. Am ehesten von einer Senkung gehen FDP- und SP-Sympathisierende aus, ebenso wie Personen mit hohem Haushaltseinkommen. In den tiefen Einkommensklassen nimmt vermehrt eine Stagnation wahr.

**Grafik 20**

### Beurteilung Entwicklung Bundesschulden nach Wissen

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter

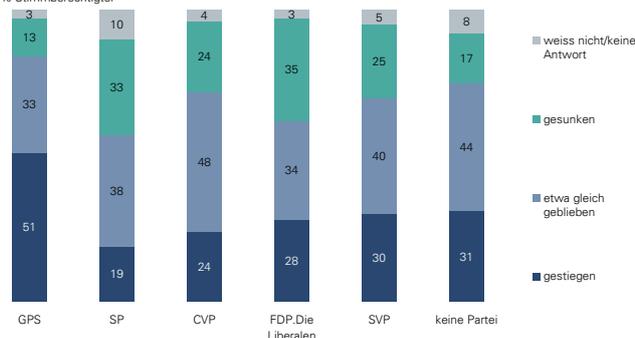


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

### Beurteilung Entwicklung Bundesschulden nach Partei

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter



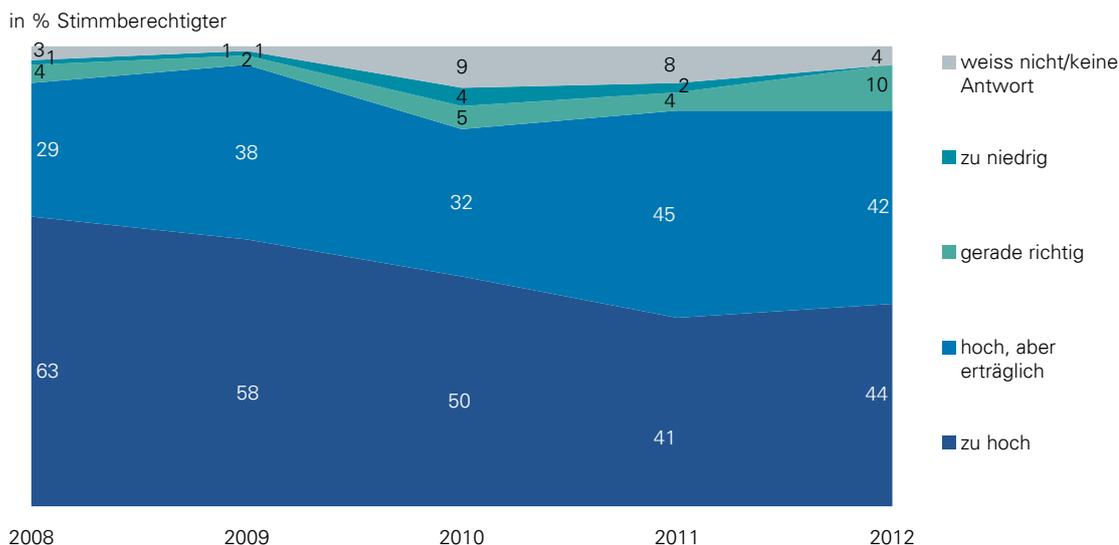
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

44 Prozent (+3) finden, die Verschuldung der schweizerischen Eidgenossenschaft sei zu hoch; für 42 Prozent (-3) ist sie hoch, aber erträglich. Ein Zehntel empfindet die Schuldenhöhe als gerade richtig. Als zu niedrig werden sie von weniger als einem Prozent eingestuft. Das Bild ähnelt demjenigen des Vorjahres. Gegenüber den ersten Befragungsjahren hat eine Verschiebung von "hoch" zu "hoch, aber erträglich" stattgefunden.

Grafik 21

## Trend Beurteilung Höhe Bundesschulden

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"\*\*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

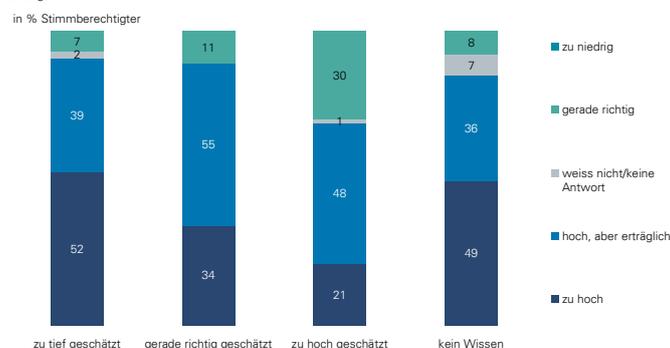
\*Text wurde 2011 angepasst. Vorher "Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren etwa gleich geblieben. Sie betragen aktuell rund 117 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"

Auch hier kann ein Einfluss des Wissens nachgewiesen werden. Wer kein solches hat oder zu tief schätzte, reagiert auf die Nennung der Schuldenhöhe vermehrt mit dem Stereotyp "hoch". Wer fälschlicherweise von einem höheren Schuldenberg ausgegangen ist, reagiert bei der Richtigstellung überdurchschnittlich häufig mit "gerade richtig". Bei korrektem Wissen beurteilt man die Lage vermehrt als "hoch, aber erträglich". Als generell zu hoch wird die Schuldenlast von den Sympathisierenden der CVP, der GPS, der SVP sowie von den Parteungebundenen empfunden. Bei der SP und FDP.Die Liberalen hält man sie überdurchschnittlich für erträglich.

Grafik 22

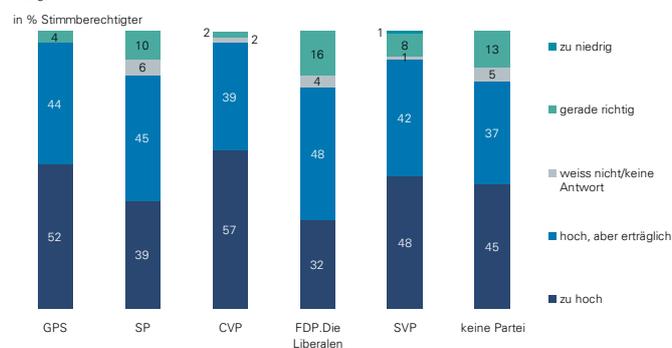
### Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Wissen

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"



### Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Partei

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

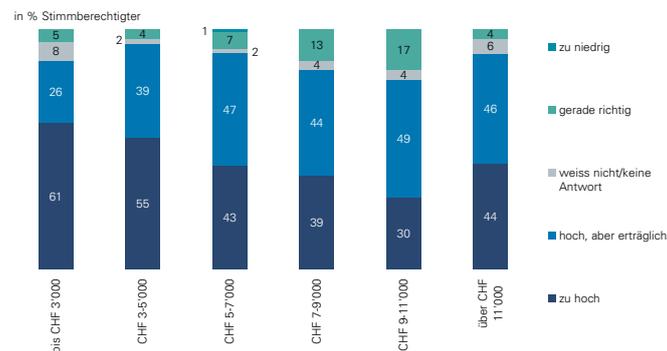
Als pauschal zu hoch werden die Schulden in der französischsprachigen Schweiz und bei den tieferen Einkommen taxiert. In der übrigen Schweiz sowie

bei mittleren bis hohen Einkommen herrscht die pragmatischere Sichtweise, hoch aber erträglich, vor.

## Grafik 23

### Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Haushaltseinkommen

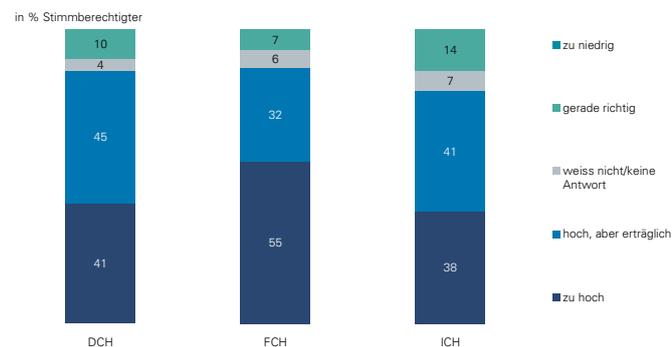
\*Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

### Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Sprachregion

\*Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

## 3.3.1 Die Zwischenbilanz

Erstmals in unserer Untersuchung zur Finanzgesinnung der StimmbürgerInnen wirkt sich die seit 2005 real sinkende Verschuldung des Bundes auf die Wahrnehmungen aus. Das Wissen um die Verschuldung der Schweiz verbessert sich mit Verzögerung schrittweise.

Verglichen mit anderen Themen bleibt das finanzpolitische Wissen aber gering. So reagieren die BürgerInnen viel sensibler, wenn es um Arbeitslosigkeit, um Veränderungen im Asylbereich oder bei den Krankenkassenprämien geht. Das hat damit zu tun, dass die direkte Betroffenheit höher ist und die öffentliche Kommunikation vertiefter ausfällt.

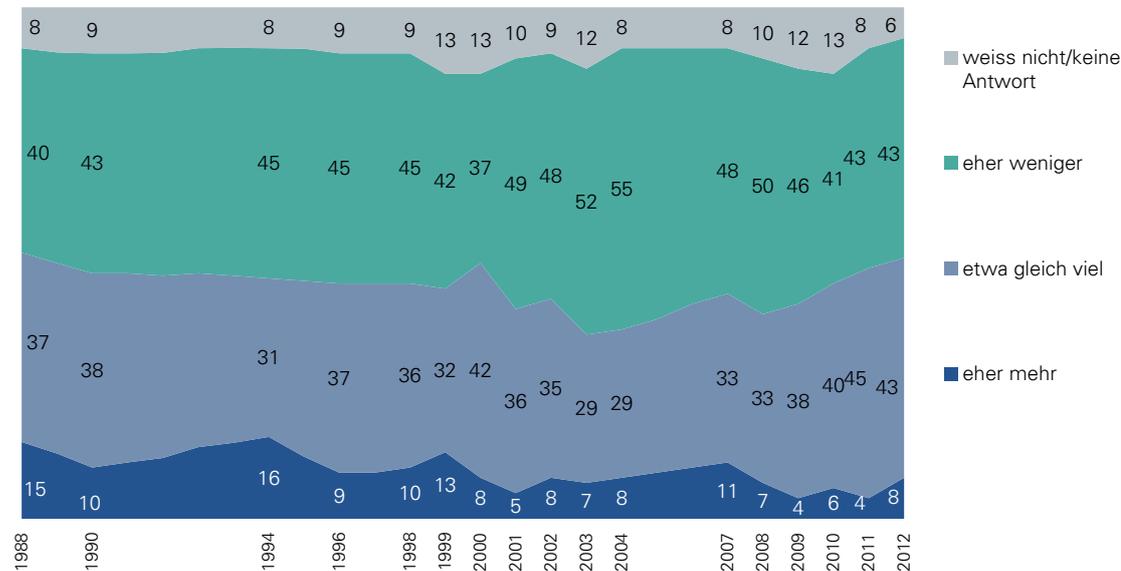
## 3.4 Zum Vergleich von Leistungen und Abgaben

Die Bereitschaft, Steuern zu bezahlen, hängt nicht zuletzt davon ab, was man als Gegenleistung erwartet. In der Selbsteinschätzung geben weniger als zehn Prozent an, mehr von Staat zu bekommen als selber durch Steuern und Abgaben zu bezahlen. 43 Prozent empfinden ein Gleichgewicht der Leistungen und Abgaben, gleich viele sind jedoch der Meinung, mehr zu bezahlen als zu erhalten. Dieser Wert ist jedoch seit 2003 rückläufig. Damals äusserten noch 55 Prozent diese Meinung.

## Trend Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter



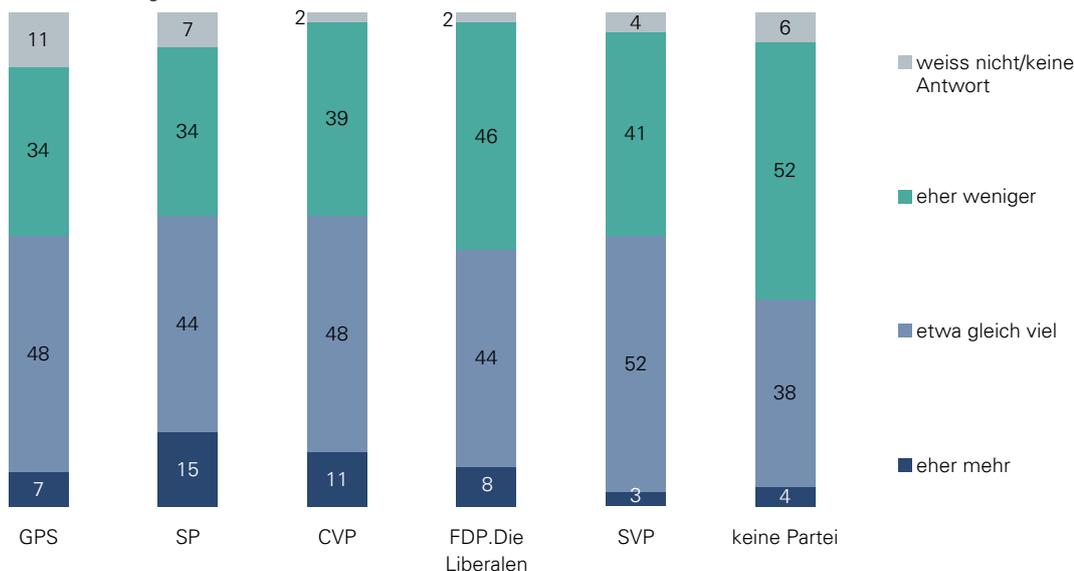
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

In der Beurteilung des Verhältnisses von Leistungen und Abgaben unterscheiden sich die Anhängerschaften der Parteien leicht voneinander. Unter den SP-Sympathisierenden gibt es einen etwas höheren Anteil von Personen, die stärker vom Austauschverhältnis zu profitieren glauben (15% "eher mehr"). Demgegenüber stellen die Parteiungebundenen überdurchschnittlich fest, dass das Verhältnis zu ihren Ungunsten ausfällt (52% "eher weniger").

## Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben nach Partei

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

Hinsichtlich der Einkommensklassen gibt es keine signifikanten Unterschiede – in der Tendenz sieht die tiefste Einkommensklasse jedoch das Pendel verstärkt

zu ihren Gunsten ausschlagen. Bei den Sprachregionen finden sich ebenfalls keine Unterschiede mehr; 2011 überwog die kritische Sichtweise häufiger in der französisch- und vor allem der italienischsprachigen Schweiz. Diese Unterschiede haben sich 2012 nivelliert.

Nach dem Wahljahr beurteilen die BürgerInnen das finanzpolitische Handeln des Staates wieder etwas kritischer. Für 60 Prozent der StimmbürgerInnen hat der Staat die Ausgaben nicht im Griff. Der Wert hat binnen Jahresfrist um 7 Prozentpunkte zugenommen und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2008 und 2010. Rückläufig sind die Klagen über vernachlässigte Aufgaben: Nur noch 45 Prozent (-6) teilen die Auffassung, dass der Staat wichtige Aufgaben vernachlässige. Damit wird diese Meinung nur noch, wie in den Jahren vor 2007, von einer Minderheit geteilt. Dieses Thema scheint aus Bevölkerungssicht wieder ein geringeres Problem zu sein als Ausgaben, die aus dem Ruder laufen. Dieses Stimmungsbild war bis 2007 konstant feststellbar; nur von 2008 bis 2011 wurden die beiden Problembereiche vorübergehend ähnlich stark genannt.

## Grafik 26

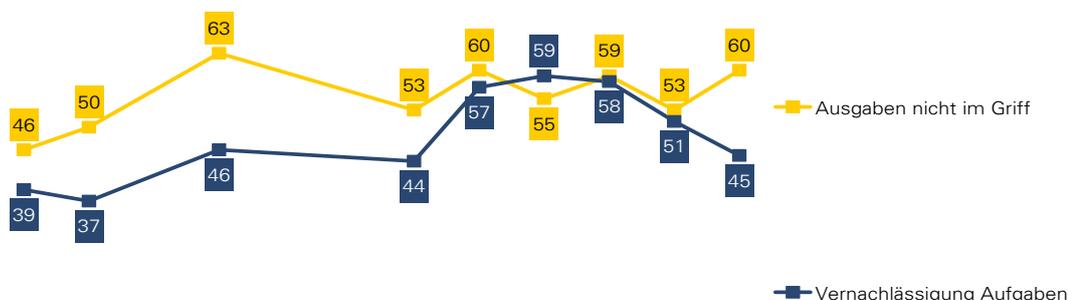
### Trend Aussagen zu Behörden

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

**Ausgaben nicht im Griff** "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

**Vernachlässigung Aufgaben** "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Beide Beurteilungen sind in erster Linie parteipolitisch auf der Links/Rechts-Achse bestimmt. Die Unterschiede sind jedoch weniger stark als 2011. Die Kritik an den hohen Ausgaben ist vor allem bei SVP-AnhängerInnen und Parteungebundenen zu finden (je 64% voll und eher einverstanden), weniger ausgeprägt, aber ebenfalls mehrheitlich bei den übrigen bürgerlichen Parteien. 2011 konnten auch bei der GPS, der SP und der FDP. Die Liberalen hier erhöhte Werte auf dem Niveau der SVP-Anhängerschaft festgestellt werden, diese sind nun aber zurückgegangen. Die Meinung, der Staat vernachlässige Aufgaben, wird von jeweils der Hälfte der Sympathisierenden der GPS und der SP geteilt. Bei den Anhängern der übrigen Parteien sind diese Stimmen in der Minderheit. Damit sind die Anhänger aller bürgerlichen Parteien mehrheitlich der Meinung, der Staat habe seine Ausgaben nicht im Griff.

Die Ausgabenkritik hat in der deutschsprachigen Schweiz zugenommen (62%, +13 Prozentpunkte), in der lateinischen Schweiz ist sie dagegen rückläufig (FCH 59%, -5; ICH 53%, -11). Eine Vernachlässigung von Aufgaben wird wie 2011 stärker in der französischsprachigen (54%, -1) als in der deutschsprachigen Schweiz (44%, -5) bemängelt. Deutlich rückgängig ist dieser Kritikpunkt allerdings in der italienischsprachigen Schweiz, wo heuer nur noch 31 Prozent voll oder eher diese Meinung vertreten (-34).

Die Unterschiede hinsichtlich des Haushaltseinkommens haben sich 2012 ausgeglichen. In der Tendenz sorgen sich die hohen Einkommen stärker um die Ausgaben, die mittleren Einkommen stärker um die Aufgaben des Staates.

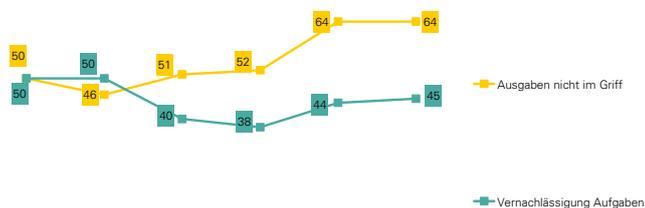
## Grafik 27

### Aussagen zu Behörden nach Partei

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

**Ausgaben nicht im Griff** "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."  
**Vernachlässigung Aufgaben** "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



GPS SP CVP FDP/Die Liberalen SVP keine Partei

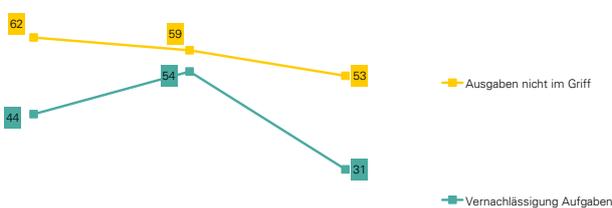
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

### Aussagen zu Behörden nach Sprachregion

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

**Ausgaben nicht im Griff** "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."  
**Vernachlässigung Aufgaben** "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



DCH FCH ICH

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

## 3.4.1 Die Zwischenbilanz

Das finanzpolitische Handeln des Staates wird wieder etwas kritischer beäugt. 60 Prozent der StimmbürgerInnen sind der Meinung, der Staat habe die Ausgaben nicht im Griff. Der Wert hat binnen Jahresfrist um 7 Prozentpunkte zugenommen.

Etwas rückläufig sind die Klagen über vernachlässigte Aufgaben; 45 Prozent teilen sie (-6). Beide Beurteilungen sind in erster Linie parteipolitisch auf der Links/Rechts-Achse unterschiedlich.

Die aktuelle Debatte in der EU, die während der Befragung einsetzte und eine Verlagerung von Spar- zu Wachstumsprogrammen zum Thema hat, findet sich kaum in der finanzpolitischen Gesinnung der Schweiz wieder. Der Vektor wird innenpolitisch bestimmt und die Sensibilitäten bleiben, angesichts vergleichsweise tiefer Arbeitslosenzahlen, auch klar durch die Verschuldungsfrage bestimmt.

## 3.5 Zu den Aufgaben des Staates

Mehrheitlich akzeptierte Sparbereiche aus BürgerInnensicht sind im Jahr 2012 das Asylwesen (61% mehr sparen; +8 Prozentpunkte), die Armee (55%; +9) und die Löhne der Verwaltung (52%; +6). Annähernd so viele möchten beim diplomatischen Dienst sparen (46%; +7). Sparen ist besonders in den Bereichen beliebt, bei denen der persönliche Nutzen für den einzelne Bürger/die einzelne Bürgerin kaum vorhanden oder zumindest nicht direkt erfahrbar ist.

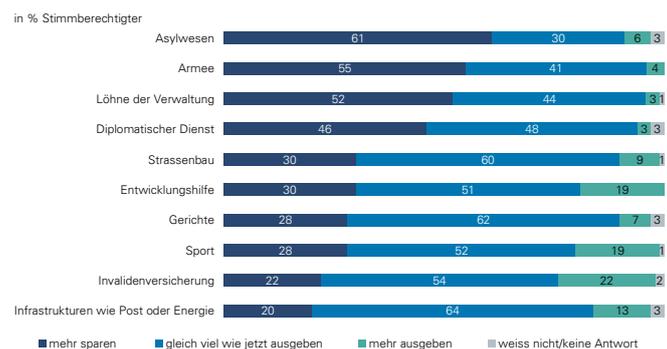
Bei einer Reihe weiterer Aufgabenbereichen ist die Sparneigung minderheitlich, aber stärker als der Wunsch nach Mehrausgaben vorhanden; das sind vor allem der Strassenbau (30% mehr sparen vs. 9% mehr ausgeben) und die Gerichte (28% vs. 7%), beschränkt auch die Entwicklungshilfe (30% vs. 19%), der Sport (28% vs. 19%) und die Infrastrukturbereiche Post und Energie (20% vs. 19%).

Bei der Invalidenversicherung (22% vs. 22%) und der Kultur (20% vs. 21%) halten sich die Sparneigung und der Wunsch nach Mehrausgaben fast die Waage.

## Grafik 28

### Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1)

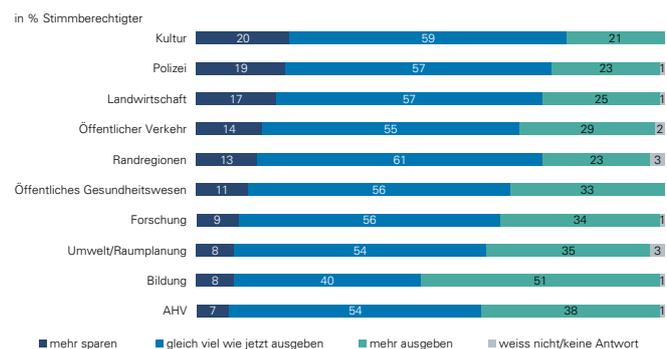
\*Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden.\*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

### Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2)

\*Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden.\*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Mehr Ausgaben wünscht eine (knappe) Mehrheit von 51 Prozent einzig im Bildungswesen. Mit Ausnahme des Bildungswesen und jener Bereiche, in denen die Mehrheit der Befragten mehr sparen will, spricht sich bei den übrigen Aufgaben die (relative) Mehrheit jeweils für die Beibehaltung der bestehenden Ausgabenhöhe aus. In mehreren dieser Bereiche, bei denen sich die Mehrheit für den Status Quo ausspricht, ist aber auch ein Überhang zwischen mehr ausgeben und mehr sparen erkennbar, so bei der AHV (38% mehr ausgeben vs. 7% mehr sparen), dem Bereich Umwelt und Raumplanung (35% vs. 8%), der Forschung (34% vs. 9%), dem Gesundheitswesen (33% vs. 11%) und dem ÖV (29% vs. 14%). In der Tendenz trifft das auch auf die Randregionen (23% vs. 13%), die Landwirtschaft (25% vs. 17%) und die Polizei (23% vs. 19%) zu.

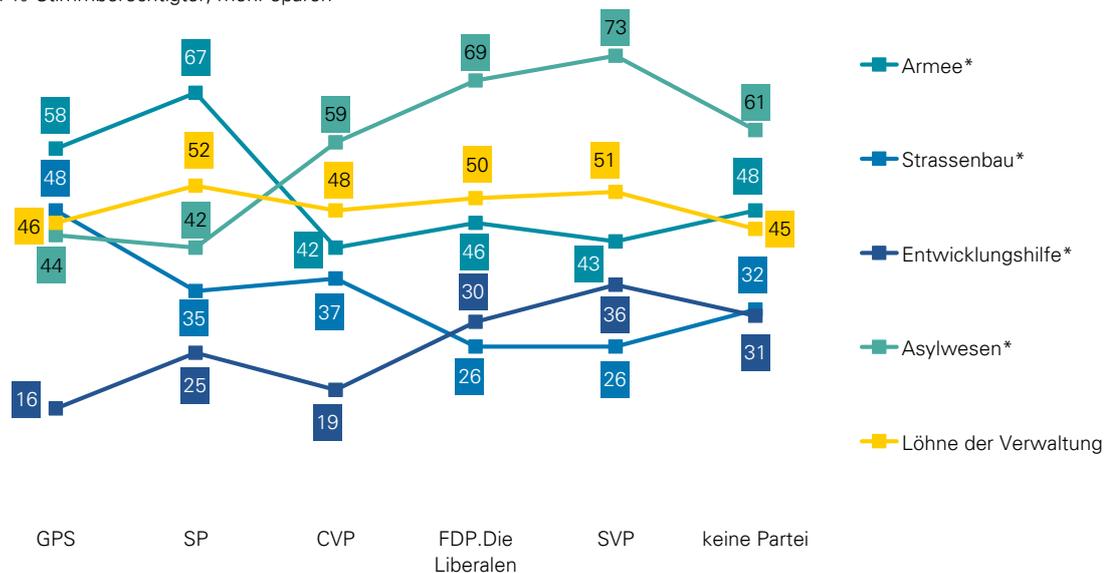
Eine knappe Mehrheit ist damit einverstanden, dass der Staat mehr in Bildung (und Forschung) investiert – einem wichtigen Gut für die Wissensgesellschaft. Eine Mehrheit spricht sich demgegenüber jeweils für mehr Einsparungen in den Bereichen Asyl, Armee und Verwaltung aus. Bei den übrigen Staatsaufgaben wollen die Schweizerinnen und Schweizer mehrheitlich gleich viel ausgeben wie heute; Minderheiten wollen je nach Aufgabengebiet mehr ausgeben oder mehr sparen. Von den (potenziellen) Sparbereichen sind allerdings nur der Strassenbau, die Armee und die Löhne der Verwaltung grössere Posten in der Haushaltsrechnung des Staatswesens. Bereiche wie das Asylwesen, der diplomatische Dienst und die Gerichte fallen demgegenüber finanziell weniger stark ins Gewicht.

Jedes politische Lager hat seine präferierten Sparbereiche: Im Asylwesen möchten die Sympathisierenden der Parteien Mitte-rechts mehr sparen (SVP 73%, FDP 69%). Auf tieferem Niveau ist dasselbe für die Entwicklungshilfe festzustellen (SVP 36%, FDP 30%). Die Armee ist dagegen der beliebteste Sparbereich der Linken (SP 67%; GPS 58%), der Strassenverkehr derjenige der Grünen (GPS 48%). Die Löhne der Verwaltung werden über die Parteigrenzen hinweg als möglicher Sparbereich genannt.

## Beurteilung öffentlicher Aufgaben nach Parteien (mehr sparen)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter, mehr sparen



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), \*Unterschiede statistisch signifikant

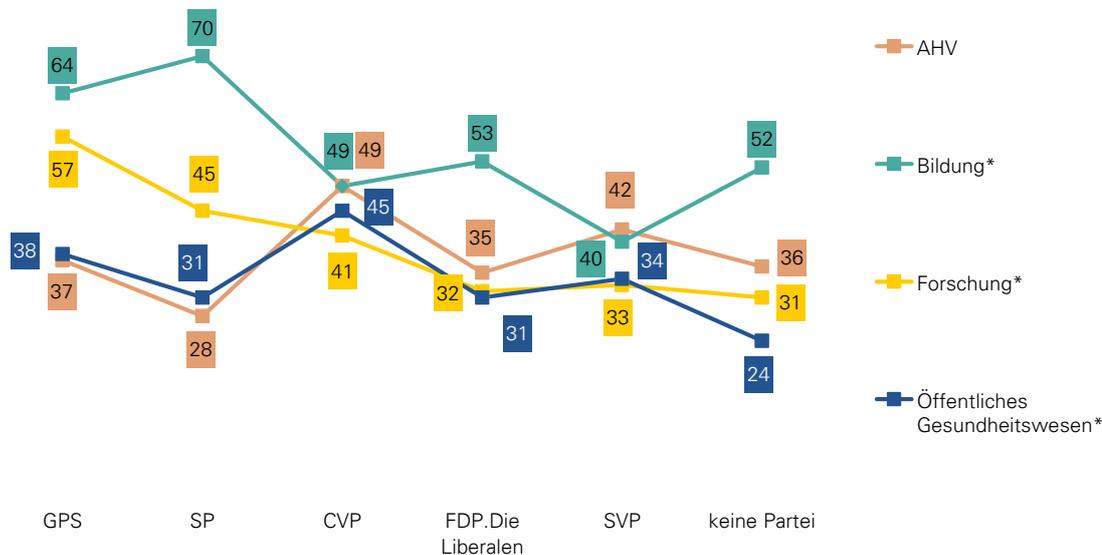
Sympathisierende der Parteien Mitte-rechts kennen keinen Bereich, bei dem sie (mit absoluter Mehrheit) mehr ausgeben würden. Einzige Ausnahme ist die Bildung, bei der sich 53 Prozent der FDP.Die Liberalen-Sympathisanten für Mehrausgaben aussprechen. Bei den Sympathisanten der linken Parteien würde man die Bildung (GPS 64%, SP 70%), aber auch die Forschung (57% resp. 45%) gerne stärker alimentiert sehen. Bei den Sympathisanten der CVP gibt es zwar in keinem Bereich eine Mehrheit für Mehrausgaben, allerdings wünschen 45 Prozent der befragten CVP-Anhänger sich mehr Geld für das öffentliche Gesundheitswesen und 49 Prozent für die AHV. Allerdings befinden sich unter den Befragten CVP-Sympathisierenden deutlich mehr Personen im Rentenalter. Dieser Wunsch lässt sich entsprechend einfach erklären.

Bei den übrigen Aufgabenbereichen können keine signifikanten Unterschiede entlang der Parteisympathien festgestellt werden.

## Beurteilung öffentlicher Aufgaben nach Parteien (mehr ausgeben)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter, mehr ausgeben



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), \*Unterschiede statistisch signifikant

Nachdem im letzten Jahr der Sparwunsch in praktisch allen Bereichen zurückgegangen ist oder sich (innerhalb des Stichprobenfehlers) nicht verändert hat, ist dieses Jahr der gegenteilige Trend zu erkennen. Fast alle Bereiche weisen wieder die Werte von 2010 oder 2009 auf. Gegenüber 2011 möchte die Bevölkerung vermehrt bei den Gerichten (28%, +11 Prozentpunkte), der Armee (55%, +9), dem Asylwesen (61%, +8), dem Strassenbau (30%, +7), der Polizei (19%, +7), den diplomatischen Diensten (46%, +7) und den Löhnen der Verwaltung (52%, +6) sparen.

Auf der anderen Seite finden sich aber auch in allen Aufgabenbereichen gegenüber 2011 mehr oder gleich viele Personen, die mehr ausgeben möchten. Den grössten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen die Umwelt und Raumplanung (35%, +10 Prozentpunkte), dahinter folgen der öffentliche Verkehr (29%, +8), die AHV (38%, +7), die Landwirtschaft (25%, +7), die Infrastrukturen (13%, +7) sowie die Entwicklungshilfe (19%, +6). Im Vergleich zu 2009 ist in mehreren Aufgabenbereichen ein Trend erkennbar, wonach die Minderheit jener, die mehr Ausgaben befürworten, grösser geworden ist.

### 3.5.1 Zwischenbilanz

Mehrheitlich akzeptierte Sparbereiche aus BürgerInnensicht sind das Asylwesen (61%), die Armee (55%) und die Löhne der Verwaltung (52%). Einzig im Bildungswesen wünscht eine (knapp) Mehrheit von 51 Prozent Mehrausgaben.

Auch hier sind die Einschätzungen primär von der Position auf der Links/Rechts-Achse abhängig. Das Asylwesen ist der präferierte Sparbereich der Rechten, die Armee derjenige der Linken.

Somit haben beide Seiten des politischen Spektrums ihr "Sparthema". Bürgerliche Anhängerschaften kennen aber – mit Ausnahme der Bildung bei der FDP.Die Liberalen – keinen Bereich, bei dem sie mehrheitlich mehr ausgeben würden.

Kurz zusammengefasst kann man sagen: Sparen hat weiterhin Priorität, bei der Bildung sind allerdings Anzeichen für einen Gegentrend ersichtlich.

Im Zeitvergleich ist vor allem ein Meinungsumschwung feststellbar: Die Sozialpolitik gehört nur noch für eine (respektable) Minderheit zu den Bereichen, in denen Mehrausgaben gewünscht werden. Das war in den letzten zehn Jahren mehrfach noch anders.

### 3.6 Einstellungen zur Steuerpolitik

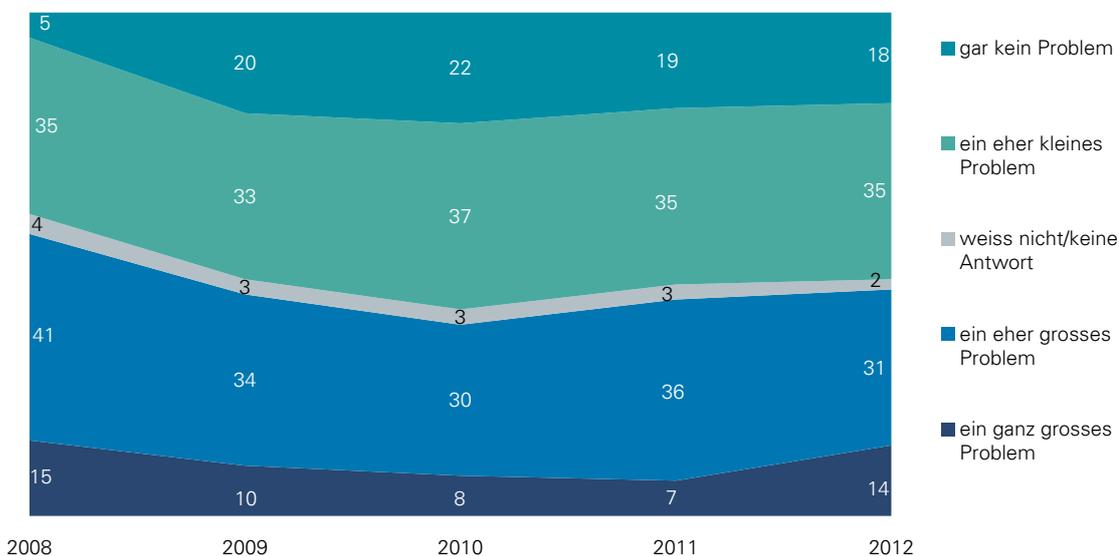
Die Belastung des eigenen Haushaltes durch Steuerabgaben empfinden 45 Prozent (-1 Prozentpunkte) als ganz oder eher grosses Problem. Der Wert selber ist praktisch unverändert. Innerhalb dieser Gruppe gibt es auf tiefem Niveau vermehrt SteuerzahlerInnen, für die die Abgaben ein "ganz grosses Problem" (14%, +7) darstellt.

Grafik 31

#### Trend Belastung durch Steuern

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Die gefühlte Belastung durch Steuern und Abgaben hängt von verschiedenen Faktoren ab. Es beklagen sich wie schon in den Jahren zuvor eher die unteren bis mittleren Einkommenschichten. Die Härtefälle sind vor allem in Haushalten mit weniger als 3'000 Franken Einkommen pro Monat zu finden. Haushalte zwischen 3'000 und 5'000 Franken Einkommen sind häufiger vor Probleme durch Steuerabgaben gestellt, jedoch scheinen sie in der Selbstdenkulation weniger schwer zu wiegen als in den tiefsten Einkommenschichten.

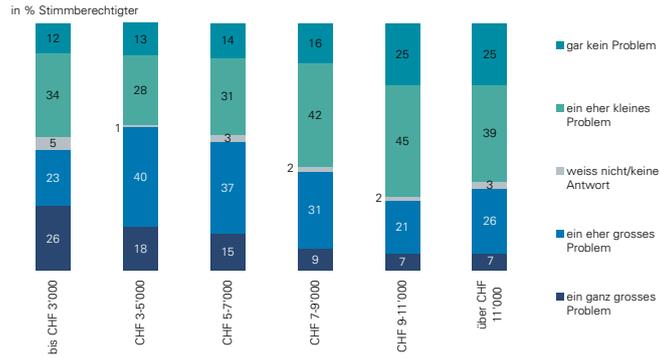
Unverändert bleibt die Problemsicht auf den beiden Seiten des Röstigrabens: In der französischsprachigen Schweiz wird die Begleichung der Steuern problematischer gesehen als in der deutschsprachigen Schweiz. Der Graben ist 2012 weniger tief als noch 2011. Neu ist die verstärkte Problemsicht in der italienischsprachigen Schweiz, die binnen eines Jahres um 15 Prozentpunkte zugenommen hat.

Am unproblematischsten ist die Steuerbelastung für SP-Sympathisierende (29% eher oder ganz grosses Problem); Parteiungebundene haben mit den Steuern die grössten Probleme (56%).

## Grafik 32

### Belastung durch Steuern nach Haushaltseinkommen

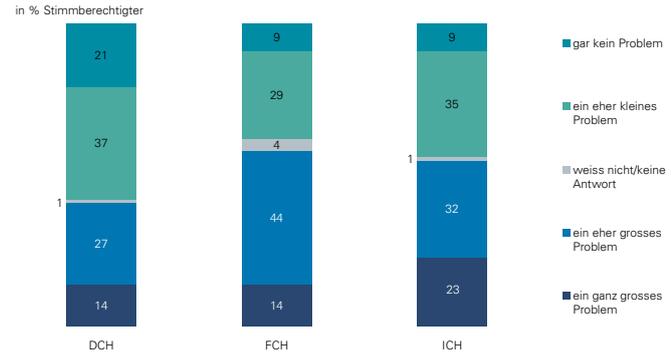
\*Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?\*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

### Belastung durch Steuern nach Sprachregion

\*Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?\*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000), sig.

## Grafik 33

### Aussagen zu Steuern

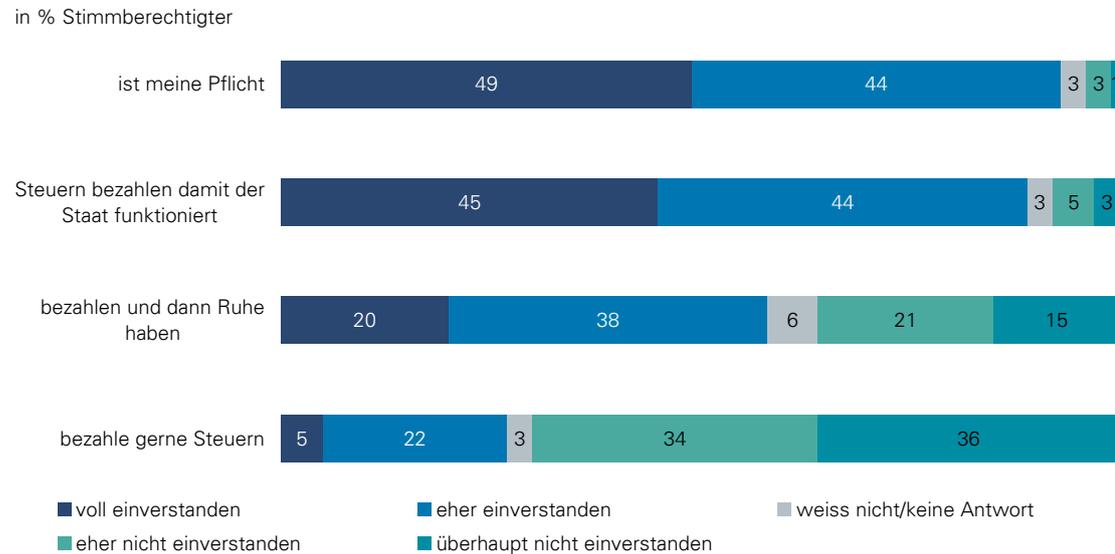
"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

**ist meine Pflicht** "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."

**Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert** "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

**bezahlen und dann Ruhe haben** "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."

**bezahle gerne Steuern** "Ich bezahle gerne Steuern."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Weitgehend stabil sind die steuerpolitischen Einstellungen der Stimmberechtigten. Eine Mehrheit von 70 Prozent bezahlt ungern Steuern. Gleichzeitig sagen aber 93 Prozent, sie zahlten ihre Steuern aus Pflichtbewusstsein. Bei 89 Prozent erfolgt es, damit der Staat funktioniert. Die Stimmberechtigten assoziieren den Begriff "Steuern" – wenn sie offen danach gefragt werden – sehr häufig mit "Pflicht", verstärkt aber auch mit "finanzieller Belastung".

Die einzige Änderung besteht in diesem Jahr darin, dass man in verringertem Masse Steuern bezahlt und dann in Ruhe gelassen werden will. Das ist bei 58 Prozent der Fall. Steigende 36 Prozent lehnen diese Sicht der Dinge ab und wollen sich vermehrt um die Verteilung der Steuern kümmern. So kann auch erklärt werden, warum bei den abgefragten Aufgabenbereichen sowohl die Anteile "mehr sparen" wie auch "mehr ausgeben" gewachsen sind.

## Trend Aussagen zu Steuern

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

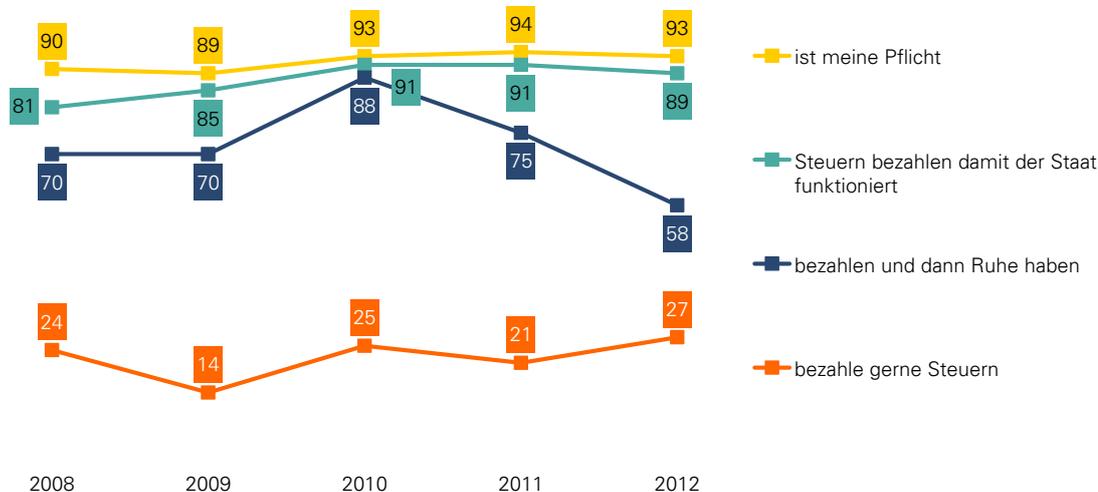
**ist meine Pflicht** "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."

**Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert** "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

**bezahlen und dann Ruhe haben** "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."

**bezahle gerne Steuern** "Ich bezahle gerne Steuern."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Wie schon im Vorjahr zahlen die französischsprachigen Befragten im Gegensatz zur übrigen Schweiz lieber Steuern, möchte danach aber vom Staat in Frieden gelassen werden. Nach Einkommensgruppen und Parteipräferenzen sind die Unterschiede relativ gering: Die höchste Einkommensgruppe (ab CHF 11'000/Monat) möchte häufiger vom Staat in Ruhe gelassen werden. Am wenigsten gern bezahlen die Parteungebundenen ihre Steuern.

### 3.6.1 Zwischenbilanz

Weitgehend stabil sind die steuerpolitischen Einstellungen der Stimmberechtigten. Eine Mehrheit bezahlt ungern Steuern, macht das aber aus Pflichtbewusstsein und damit der Staat funktioniert. Die einzige Änderung besteht darin, dass man in verringertem Masse Steuern bezahlt und dann in Ruhe gelassen werden will.

Die Belastung des eigenen Haushaltes durch Steuerabgaben empfinden 45 Prozent als ganz oder eher grosses Problem. Darüber beklagen sich eher die unteren bis mittleren Einkommenschichten, Personen aus der lateinischen Schweiz und die parteipolitische Ungebundene.

Verglichen mit anderen Staaten sind das beruhigende Werte: Die Steuergesinnung der Schweiz ist an sich intakt. Prinzipielle Steuerverweigerung ist eher unterentwickelt; dafür sind die Sensibilitäten für das Staatshandeln grösser, wie es in einer direkten Demokratie auch sinnvoll ist.

## 3.7 Die Strategien für den Staatshaushalt

Strategisch gesehen besteht hoher Konsens, dass der Bund seine Aufgaben mit den bestehenden Finanzmitteln lösen soll. Fast konstante 87 Prozent unterstützen das. 63 Prozent erklären sich damit einverstanden, dass man Steuern und Ausgaben gleichzeitig senken soll. Zwar sind hier nur 17 Prozent vollkommen überzeugt, aber weitere 46 Prozent tendieren mit der Antwort "eher einverstanden" in diese Richtung. Alle anderen staatspolitischen Finanzstrate-

gien sind (unverändert) nicht mehrheitsfähig. Entsprechend bleiben die nachweisbaren Konfliktlinien in diesen Fragen bevölkerungsseitig gering.

Uneins ist die Bevölkerung in der Frage, ob zuerst die Steuern gesenkt werden sollen, damit in der Folge die Ausgaben sinken – 45 Prozent sind dieser Meinung, 49 Prozent widersprechen dem. Chancenlos sind neue Staatsaufgaben, welche eine Steuererhöhung auslösen könnten (16% voll und eher einverstanden), sowie gleichzeitige Steuererhöhungen und neue Aufgaben (12%).

## Grafik 35

### Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**bestehende Aufgaben optimal lösen** "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."

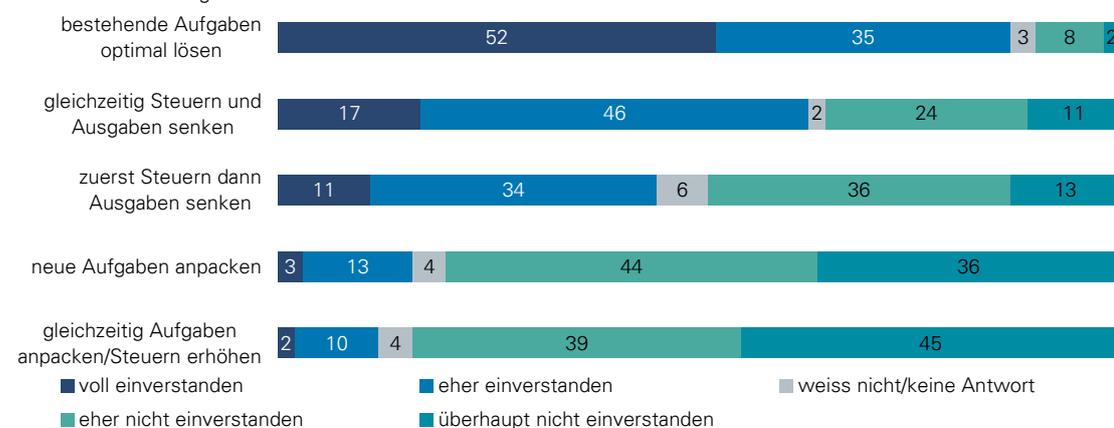
**gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken** "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."

**zuerst Steuern dann Ausgaben senken** "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."

**neue Aufgaben anpacken** "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."

**gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen** "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Der Grundkonsens, die bestehenden Aufgaben optimal zu lösen, erreichte 2012 wieder einen Wert, wie er bis 2010 immer gemessen wurde. 2011 unterstützten nur 57 Prozent voll oder eher diese Ansicht. Ein offensichtlicher Grund für diesen kurzzeitigen Einbruch ist nicht ersichtlich. Wahrscheinlich handelt es sich um einen situativen Effekt. Neue Aufgaben und Steuererhöhungen sind ähnlich unbeliebt wie in den Vorjahren. 2012 präferieren die Steuerzahlenden wiederum die gleichzeitige Steuer- und Ausgabensenkung vor der gestaffelten Variante; 2011 lagen beide Optionen gleichauf.

## Trend Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**Aufgaben optimal lösen** "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."

**Steuern und Ausgaben senken** "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."

**zuerst Steuern senken** "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."

**neue Aufgaben anpacken** "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."

**Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen** "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Überraschend ähnlich werden die Strategien zum Staatshaushalt von den unterschiedlichen Einkommensgruppen bewertet. Der Grundkonsens und die gleichzeitige Ausgaben- und Steuersenkung sind bei allen Einkommen gleichermassen beliebt. Die vorgängige Steuersenkung mit nachgelagerter Ausgaben senkung ist am beliebtesten unter den tiefsten (bis CHF 3'000: 53% voll und eher einverstanden), aber auch den höchsten Einkommen (ab CHF 11'000: 49%). Personen in Haushalten mit 9'000 bis 11'000 Franken Monatseinkommen bevorzugen nur zu rund einem Drittel diese Option (36%). Das Anpacken neuer Aufgaben können sich mittlere Einkommen noch am ehesten vorstellen (CHF 5'000-7'000: 23%), tiefe dagegen gar nicht (bis CHF 3'000; 7%).

An der Basis der Parteien werden alle Optionen in der gleichen Reihenfolge bevorzugt. Unter Sozialdemokraten sind neue Aufgaben mit möglichen (33%) oder automatischen Steuererhöhungen (21%) minderheitlich, aber gegenüber den anderen Parteien deutlich überdurchschnittlich erwünscht. Im Gegenzug sind die Steuersenkungsoptionen mit nachgelagerter (34%) oder gleichzeitiger Ausgaben senkung (55%) weniger beliebt als im Parteidurchschnitt – ähnlich wie bei den in diesem Jahr befragten AnhängerInnen der FDP. Die Liberalen.

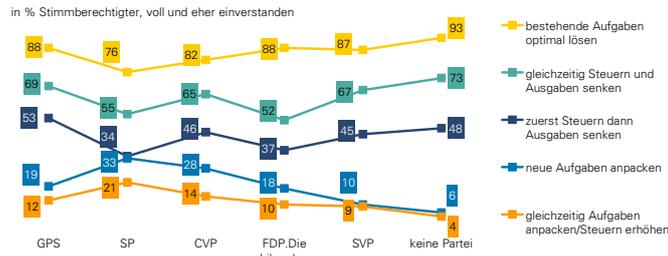
Sprachgeographisch fällt die Romandie auf: Zwar eine Mehrheit, vergleichsweise aber weniger Personen sind hier der Meinung, dass die bestehenden Aufgaben optimal mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gelöst werden sollen. Entsprechend häufiger wünscht man sich Steuer- und Ausgaben senkungen, gleichzeitig aber auch etwas häufiger neue Aufgaben- und Steuererhöhungen. Die französischsprachige Schweiz ist in Sachen Steuerstrategien polarisierter, auch wenn dort Steuersenkungen klar vor Steuererhöhungen liegen. In der italienischsprachigen Schweiz verhält es sich wie in der Deutschschweiz, auch wenn gleichzeitige Steuer- und Ausgaben senkungen etwas seltener gewünscht werden.

## Grafik 37

### Strategien Staatshaushalt nach Partei

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**bestehende Aufgaben optimal lösen** "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."  
**gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken** "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."  
**zuerst Steuern dann Ausgaben senken** "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."  
**neue Aufgaben anpacken** "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."  
**gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen** "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

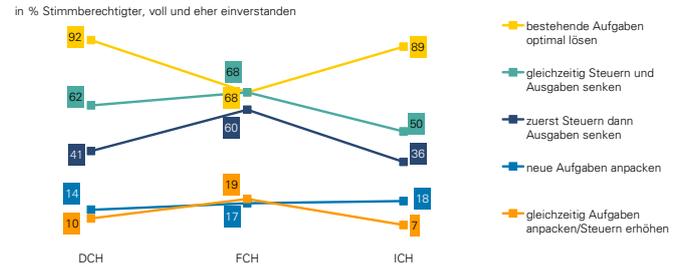


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

### Strategien Staatshaushalt nach Sprachregion

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

**bestehende Aufgaben optimal lösen** "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."  
**gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken** "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."  
**zuerst Steuern dann Ausgaben senken** "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."  
**neue Aufgaben anpacken** "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."  
**gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen** "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."



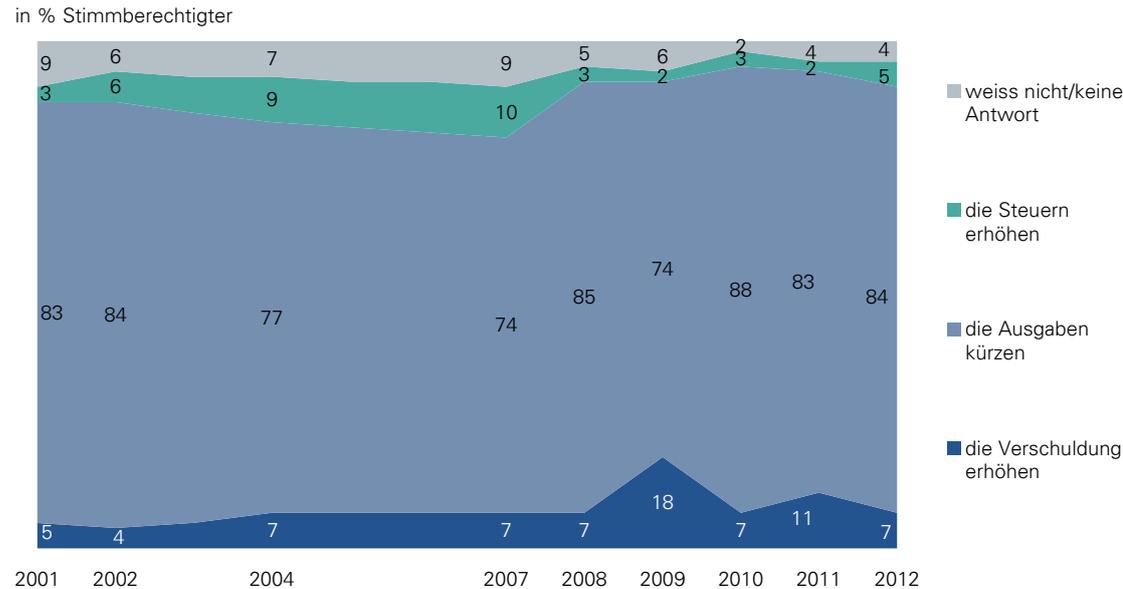
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Wenn der Staat Defizite ausweist, bevorzugen 84 Prozent Ausgaben senkungen, 7 Prozent begrüssen in erster Linie Neuverschuldungen und 5 Prozent Steuererhöhungen. Auch diese Meinungsverteilung ist weitgehend stabil. Darüber sind sich die verschiedenen Landesteile, Parteianhängerschaften und Einkommensgruppen mit geringen Unterschieden einig.

## Grafik 38

### Trend Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung erhöhen, die Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

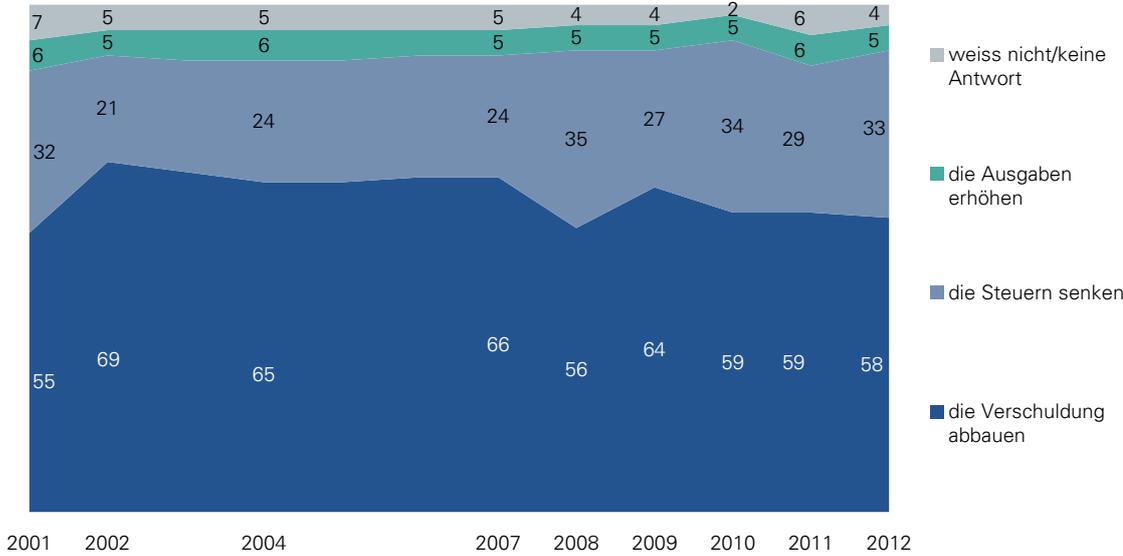
Sollte es umgekehrt Überschüsse im öffentlichen Haushalt geben, hat der Abbau von Schulden für 58 Prozent Vorrang. Darauf folgen Steuersenkungen (33%) oder Neuausgaben (5%). Auch hier hat sich das Meinungsbild innert Jahresfrist nicht verändert.

Grafik 39

## Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"

in % Stimmberechtigter



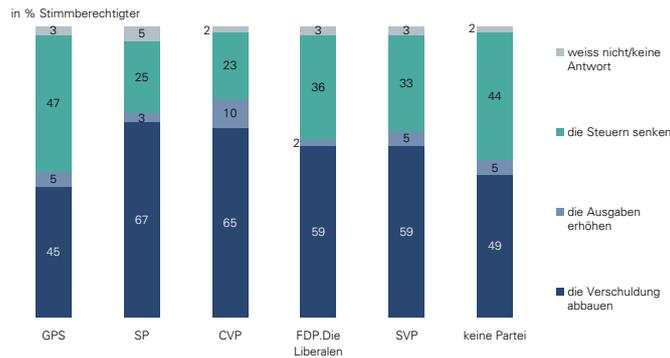
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Die verschiedenen Einkommensklassen sind sich im Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt einig. Der Schuldenabbau steht in allen Landesteilen an erster Stelle. In der französischsprachigen (43%) und der italienischsprachigen Schweiz (40%) sind allerdings Steuersenkungen gerade so beliebt. Gegenüber dem Vorjahr haben Steuersenkungen in der Romandie jedoch an Zuspruch verloren (-10 Prozentpunkte) und in der Svizzerza italiana gewonnen (+19). Interessanterweise stehen Steuersenkungen heuer bei der GPS an erster Stelle (47%).

Grafik 40

### Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt nach Partei

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000) sig.

### Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt nach Sprachregion

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000) sig.

## 3.7.1 Die Zwischenbilanz

Strategisch gesehen besteht ein hoher Konsens, dass der Bund seine Aufgaben mit den bestehenden Finanzmitteln lösen soll. Eine Mehrheit befürwortet eine gleichzeitige Senkung von Steuern und Ausgaben. Andere staatspolitische Finanzstrategien sind (unverändert) nicht mehrheitsfähig.

Wenn der Staat Defizite schreibt, bevorzugen die Stimmberechtigten Ausgaben-senkungen. Sollte es umgekehrt Überschüsse im öffentlichen Haushalt

geben, hat der Abbau von Schulden Vorrang vor Steuersenkungen oder Neuausgaben.

Eine Einschränkung methodischer Natur müssen wir hier machen: Diese Fragestellung wird in telefonischen Umfragen (mit rotierten Einzelfragen) kohärenter beantwortet. Entsprechend streuen die Werte vor 2008 weniger. In Face-to-Face Interviews werden die fünf Vorgaben den Befragten mit Karten vorgelegt, was zu gewissen Interaktionen der Antworten untereinander und damit zu einer weniger stabilen Antworthaltung führt. Die Präferenzordnung ist davon nicht betroffen, indes sind es die Jahreswerte in Prozentzahlen.

### 3.8 Die Glaubwürdigkeit von Akteuren

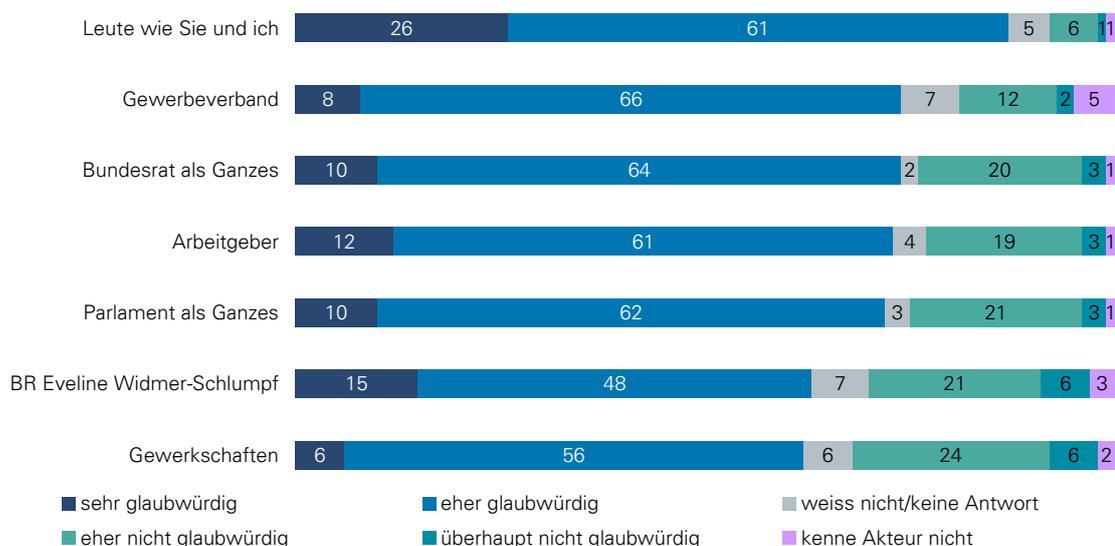
Unverändert sind die Stimmberechtigten in überwiegender Zahl (87% sehr und eher glaubwürdig) der Meinung, "Leute wie Sie und ich" seien fähig, finanzpolitische Entscheidungen zu treffen. Es folgen die Behörden (Bundesrat 74%; Parlament 72%; BR EWS 63%), Wirtschaftsverbände (Gewerbeverband 74%; economiesuisse 59%) und die Sozialpartner (Arbeitgeber 73%; Gewerkschaften 64%), die als Kommunikatoren von einer Mehrheit akzeptiert sind. Die kantonalen Finanzdirektoren stehen dagegen etwas im Hintergrund (52%).

Grafik 41

#### Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



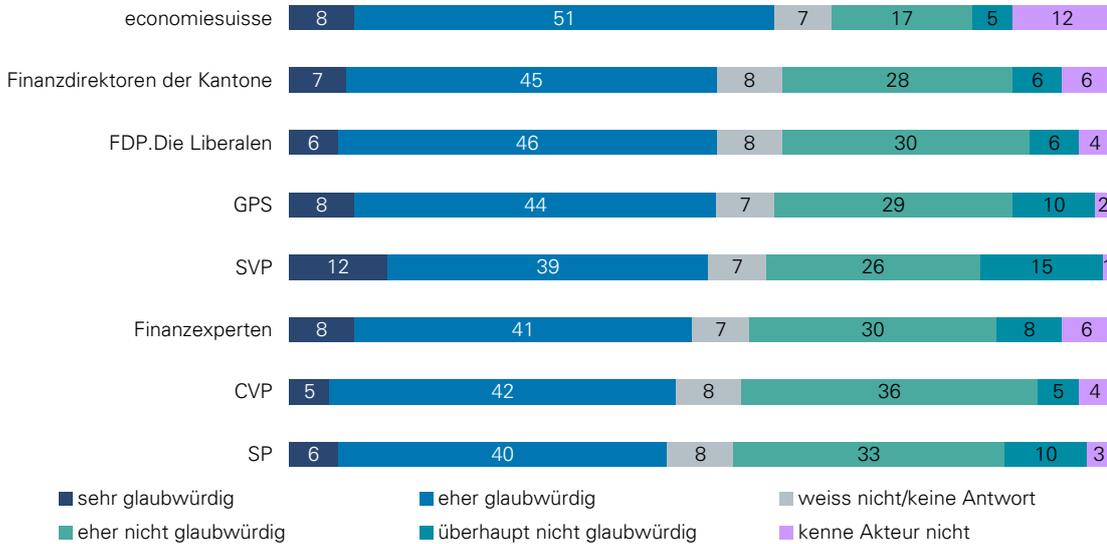
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Die Parteien werden als Akteure der Finanzpolitik als weniger glaubwürdig betrachtet. Sie werden von der FDP, Die Liberalen und der GPS (je 52%) angeführt. Diese rangieren knapp vor der SVP (51%), etwas deutlicher vor der CVP (47%) und der SP (46%). Ebenfalls weniger glaubwürdig sind die Finanzexperten, die von einer knappen relativen Mehrheit von 49% als glaubwürdig empfunden werden.

## Glaubwürdigkeit der Akteure (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Der Bundesrat (+6 Prozentpunkte), die Gewerkschaften und economiesuisse (je +4) haben innert Jahresfrist zugelegt. Auch bei der FDP.Die Liberalen ist die Glaubwürdigkeit innert Jahresfrist gestiegen.

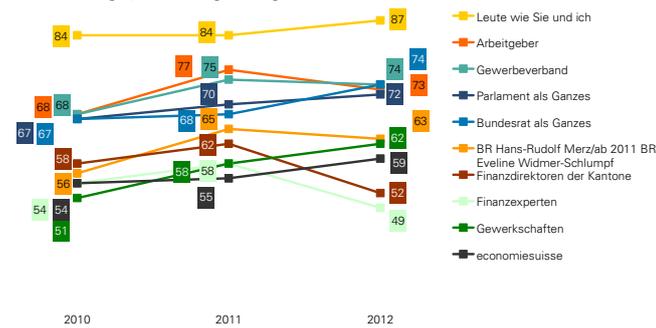
Federn lassen mussten die Finanzdirektoren der Kantone (-10) und die Finanzexperten (-9). Als etwas weniger glaubwürdig gelten auch die Arbeitgeber und die Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (je -4). Die Veränderungen bei den übrigen Akteuren liegen innerhalb des Stichprobenfehlers.

## Grafik 43

### Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig

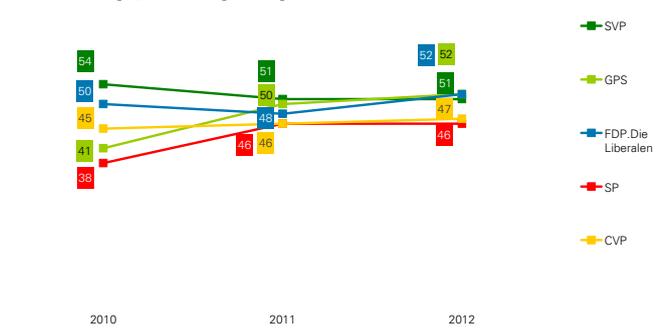


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

### Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Akteursbewertung hängt stark vom eigenen politischen Standpunkt ab. Die bürgerlich dominierten Behörden Bundesrat und -parlament werden von Sympathisierenden der SP schlechter bewertet, ebenso die Finanzdirektoren aus den häufig ebenfalls bürgerlich dominierten Kantonen. Die Finanzdirektoren haben auch innerhalb der GPS und bei den Parteungebundenen einen schweren Stand. Bundesrätin Widmer-Schlumpf ist bei den Parteungebundenen und den AnhängerInnen der SVP weniger glaubwürdig.

Die traditionell linken Gewerkschaften werden von Sympathisierenden der SP und der GPS deutlich stärker für glaubwürdig befunden. Andersherum verhält es sich bei den übrigen Wirtschaftsverbänden und Sozialpartnern. AnhängerInnen

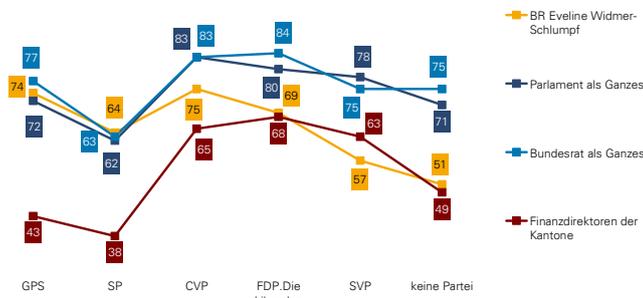
nen der SVP und der FDP. Die Liberalen finden die Arbeitgeber und den Schweizerischen Gewerbeverband besonders glaubwürdig. Die economiesuisse wird vor allem bei den Sympathisanten der FDP-Die Liberalen als glaubwürdig beurteilt, während ihr die Basis der SP deutlich skeptischer gegenübersteht.

#### Grafik 44

##### Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir 'das ruhig'."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig

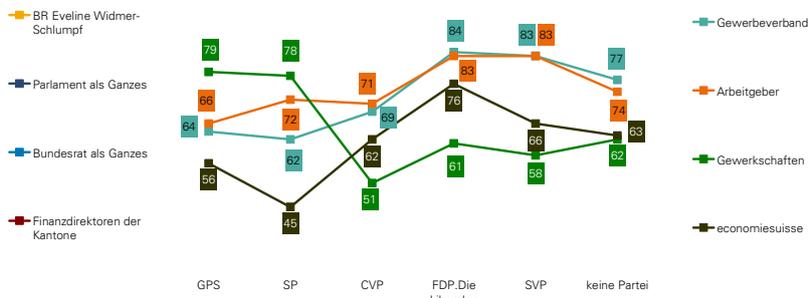


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

##### Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir 'das ruhig'."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

Leute wie Sie und ich werden ungeachtet der Parteicouleur als glaubwürdig betrachtet, auf der rechten Seite tendenziell sogar noch stärker. Die Basis der SP betrachtet Finanzexperten als ungläubwürdig, während jene der CVP und FDP.Die Liberalen eher geneigt sind, ihnen Vertrauen zu schenken.

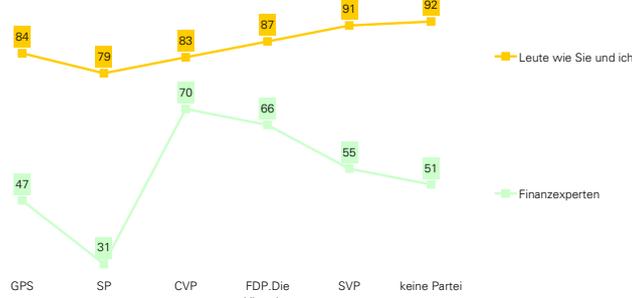
Für alle Parteienanhängerschaften ist typisch, dass sie die eigene Partei an erste Stelle setzen und in der Regel eine Partei mit ähnlicher finanzpolitischer Ausrichtung dahinter folgt.

#### Grafik 45

##### Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (3)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir 'das ruhig'."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig

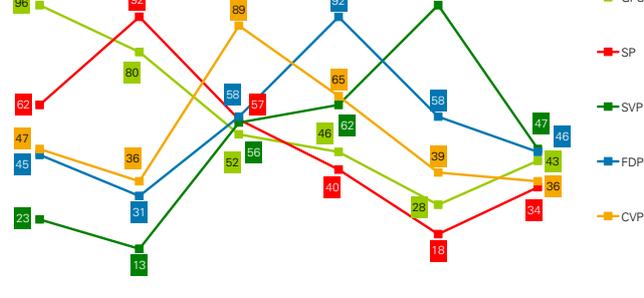


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

##### Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (4)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir 'das ruhig'."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2012 (N = 1000)

### 3.8.1 Die Zwischenbilanz

In den Bewertungen der Akteure kommt die republikanische Finanzgesinnung der SchweizerInnen besonders klar zum Ausdruck. Die Bürgerinnen und Bürger sind in der Lage, die Grundsätze, wie die öffentlichen Haushalte geführt werden sollen, sehr wohl selber zu beurteilen. Deshalb trauen sie Finanzexperten relativ wenig. Das gilt für die Anhängerschaften der Polparteien in besonderem Masse.

Das heisst aber nicht, dass in Finanzfragen der Populismus regiert; dafür sind die Glaubwürdigkeitswerte der Behörden einerseits und die der wichtigsten Wirtschaftsakteure andererseits zu hoch.

## 4 Synthese

Die Staatsschuldenkrise ist das beherrschende wirtschaftspolitische Thema in Europa. Staaten müssen Banken retten, damit die Banken wiederum die Staaten retten können. Die stabileren Staaten nehmen die Krisenstaaten unter ihren Rettungsschirm, damit die Gemeinschaftswährung Euro gerettet wird. Den Krisenstaaten ihrerseits werden Sparziele auferlegt, die die Bevölkerung auf die Strasse treibt und Regierungen aus dem Amt befördern. Im Berichtsjahr sind europaweit Sparpakete durchgesetzt worden, die in bisher unbekanntem Masse die Politik erschüttert haben. Das hat, nicht zuletzt im Umfeld der Parlamentswahlen in Griechenland und Frankreich in einigen Staaten zu einer Neuausrichtung der Politik geführt, mit der Wachstumsziele auf die gleiche Stufe gestellt werden wie Sparziele.

Die Schweiz steht angesichts dieser Schwankungen wie ein Fels in der Brandung. Zwar belasten die Negativaussichten in Europa und der schwächelnde Euro die Schweizer Exportwirtschaft, aber der Staatshaushalt ist im Lot. Seit Jahren sind die Bundesschulden rückläufig. Dieser Erfolg wird nicht zuletzt der Schuldenbremse verdankt. Vor diesem Hintergrund – Schuldenkrise in Europa einerseits, erfolgreiches und erprobtes Instrument gegen Schulden andererseits – ist es nicht erstaunlich, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine Ausweitung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen befürwortet. Das ist wohl die wichtigste Änderung, die sich gegenüber dem Vorjahr in der finanzpolitischen Einstellung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abzeichnet.

Die real gesunkene Schuldenlast des Bundes ist aus BürgerInnensicht immer noch höher als nötig, wird aber zusehends vermehrt als erträglich bezeichnet. Wie in den Befragungen bis 2010 herrscht wieder ein flächendeckend geteilter Grundkonsens, was die finanzpolitischen Strategien anbelangt: Der Staat soll die bestehenden Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Finanzen optimal lösen. Neue Aufgaben und neue Steuern sind nicht mehrheitsfähig. Wenn schon wünscht sich der Souverän eine gleichzeitige Senkung von Steuern und Ausgaben. So ist es für die Befragten auch klar, dass im Falle eines Defizits zuerst die Ausgaben gesenkt und bei einem Überschuss zuerst die Schulden getilgt werden sollen.

Die Bevölkerung traut sich Entscheidungen bei den Staatsfinanzen zu und möchte durchaus mitbestimmen, wofür ihre Steuergelder verwendet werden. Mehrheitlich fürs Sparen ist sie aber nur dort, wo es ihr selber am wenigsten wehtut: Dem Asylwesen, der Armee und den Löhnen der Verwaltung. So hat jedes politische Lager auch einen Ausgabenposten, bei dem die eigene Klientel gerne den Rotstift ansetzt – die Armee bei den Linken, das Asylwesen bei den Rechten, während die Löhne der Verwaltung für alle gleichermassen Sparpotential aufweisen. Demgegenüber räumt die Bevölkerung der Bildung Priorität in der an natürlichen Ressourcen armen Schweiz ein: So soll für das Bildungswesen nach dem Willen der Mehrheit der Stimmberechtigten als einzige der verschiedenen Staatsaufgaben mehr ausgegeben werden. Ansonsten ist die Stimmbevölkerung mit der Verteilung der Steuerfranken mehrheitlich zufrieden. Zwar glaubt nur eine kleine Minderheit, dass sie vom Staat mehr Leistungen erhält als an ihn abgibt. Die kritische Sichtweise, dass das Austauschverhältnis zu den eigenen Lasten gehe, nimmt aber mittelfristig ab.

### **These 1**

Die Schuldenbremse für Bundesausgaben hat sich bewährt. Die guten Erfahrungen und die Staatsschuldenkrise im restlichen Europa führen dazu, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer eine Schuldenbremse auch für Sozialversicherungen unterstützt.

### **These 2**

Die Präferenzen der BürgerInnen bleiben weitgehend auf das Sparen in den öffentlichen Haushalten ausgerichtet. Das gilt weitgehend für alle untersuchten Untergruppen.

### **These 3**

Die wahrgenommenen Austauschrelation zwischen sich und dem Staat hat sich nach Jahren der Kritik wieder schrittweise verbessert, das heisst, man ist wieder vermehrt zufrieden mit dem, was man für das Bezahlte bekommt.

### **These 4**

Steuern bezahlen die BürgerInnen überwiegend aus Pflichtbewusstsein und damit der Staat funktioniert. Veränderungen sind hier nicht auszumachen. Die Befragten wollen sich aber vermehrt darum kümmern, was mit ihrem Geld gemacht wird.

### **These 5**

Staatsverschuldung muss, unverändert, in erster Linie durch Ausgabenreduktionen abgebaut werden.

### **These 6**

Bevorzugte Sparbereiche sind das Asylwesen, die Armee und die Verwaltung. Damit haben rechte und linke BürgerInnen ihre Domäne, bei der sie mehr sparen würden. Sparen bei der Verwaltung ist über alle Parteigrenzen hinweg und auch bei den Parteungebundenen akzeptiert.

### **These 7**

Bildung ist der einzige Bereich, bei dem eine knappe Mehrheit mehr ausgeben möchte. Das ist vor allem in der Mitte und links davon der Fall. Bei allen übrigen Staatsaufgaben lehnt die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer Mehrausgaben ab.

### **These 8**

Die optimale Aufgabenerfüllung mit vorhandenen Mitteln ist die am breitesten akzeptierte langfristige Strategie bei der Führung des Staatshaushalts. Gleichzeitige Steuer- und Ausgabenreduktionen folgen darauf.

### **These 9**

Überschüsse in öffentlichen Haushalten sollen, ebenfalls unverändert, in erster Linie dazu verwendet werden, bestehende Schulden abzubauen.

### **These 10**

Die BürgerInnen der Schweiz sehen sich sehr wohl in der Lage, die Finanzpolitik des Bundes zu bestimmen. Sie glauben an Entscheidungen von Bundesrat und Parlament, aber auch an politische Vorgaben von Gewerbe und Arbeitgebern.

# 5 Anhang

## 5.1 gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen und an der Zürcher Hochschule Winterthur

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, kantonale/städtische Abstimmungen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Ad-hoc-Studien, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, eGovernment, Medieninhaltsanalyse, Hochrechnungen



URS BIERI

Senior-Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Risikotechnologien, kantonale/städtische Abstimmungen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Feldaufträge, Prospektivmethoden, Qualitativmethoden. Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf Internet



STEPHAN TSCHÖPE

wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Komplexe Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteienbarometer, Visualisierung



SARAH DELLER

Administration, eidg. dipl. Marketingfachfrau

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern  
Hirschengraben 5  
Postfach 6323  
CH – 3001 Bern  
Telefon +41 31 311 08 06  
Telefax +41 31 311 08 19  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch